

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 9. Juli 1914.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnementpreis: 3 Mark pro Quartal, 10 Mark pro halbjährlichem, 20 Mark pro jährlichem. Einzelhefte 5 Pf. Sonntagsblätter 10 Pf. Postgebühren sind in den Preisen eingeschlossen. Auslandsendungen sind zu bezahlen. Abonnementannahme: Berlin, Danzig, Göttingen, Hamburg, Köln, Leipzig, München, Posen, Prag, Wien, Zürich. Ferner: Amsterdam, Brüssel, London, New York, Paris, Rom, St. Petersburg, Warschau, Wien, Zürich.

Ersteinst. 1876.

#### Die Inflation-Gebühr

Besteht für die hochqualitative Kolonialzeitung oder deren Anhang 10 Pf. für politische und gesellschaftliche Artikel und Besprechungen 10 Pf. für „Kleine Anzeigen“, das ist gebührenfrei. Jedes weitere Wort 10 Pf. (zweiwöchentliche Beilagen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 10 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Militarismus und Demokratie.

III.

So wären wir wirklich ein Jahrhundert im Kreise marschiert? Von Jena angefangen, als die blutige Söldnerdisziplin zerbrach, als Gneisenau über die Freiheit der Rücken schrieb gegen das Prügeln, als Boyen die Grundlage eines Volksherees schuf, basiert auf der freien Staatsgesinnung der Bürger, über Königgrätz nach Sedan, wo das Schinden wieder systematisch betrieben wurde, wo an die Stelle der staatsbürgerlichen Gesinnung bei den Mannschaften der Kadavergehorsam und bei den Offizieren eine Söldnergesinnung trat, die für die Grundlagen unseres gesamten Staatslebens eine stete und außerordentliche Gefahr bildet — war das in der Tat nur ein sinnloser Kreislauf ohne Zweck und Ziel? Wer so denken würde, der hätte den Inhalt der militärischen Entwicklung der letzten hundert Jahre schlecht begriffen. Was äußerlich als ein Zurücktaumeln in die Barbarei der Vergangenheit erscheint, das ist in Wahrheit nur ein Spiegelbild der aufs äußerste gespannten Massenentgegensätze der Gegenwart. Als Wilhelm I. seine reaktionäre Armee reformierte, leistete ihm das Bürgerturn jahrelang Widerstand. Wo ist dieser Widerstand hin? Obwohl mit jedem Jahre mehr die gemeingefährlichen Konsequenzen der wilhelminischen Armee reform in die Erscheinung treten, so daß jetzt, wie Schücking sagt, die Verfassung zur beliebigen einseitigen Kündigung steht, denkt das Bürgerturn nicht im entferntesten daran, gegen diese Konsequenzen anzukämpfen. Alle Militärvorlagen werden glatt bewilligt und damit die Gefahren, die unserm Staatswesen drohen, nur noch erhöht. Heute ist selbst der Kampf gegen die Soldatenschänder, den doch eigentlich jeder kultivierte Mensch führen müßte, von den herrschenden Klassen ausgegeben und der Sozialdemokratie überlassen worden. Der Kampf gegen die Militärmisshandlungen ist ein Stück unseres allgemeinen Klassenkampfes geworden.

Klassenkampf! Und hier zeigt sich der dialektische, der widerprüchvolle Charakter der militärischen Entwicklung der letzten 50 Jahre. Die reaktionäre Armee reform Wilhelms mußte an das revolutionäre Element anknüpfen, das in den Freiheitskriegen dem preussischen König im zähen Kampfe von Scharnhorst und Boyen abgerungen und in der Zwischenzeit fast verloren gegangen war: die allgemeine Wehrpflicht. Die Militärpolitik Bismarcks und der Charakter der deutschen Frage drängen die den reaktionären Machthabern tief verhasste allgemeine Wehrpflicht von selber in den Vordergrund. Und die nach Sedan einsetzende dauernde Kriegsgefahr und vollends erst die imperialistische Politik unserer Lage machte die strikte Durchführung dieses revolutionären Prinzips zur unentbehrlichen Grundlage der Armeeverfassung. Je schärfer sich die Gegensätze in der kapitalistischen Gesellschaft durchsetzten, je tüchtiger die Sozialdemokratie ihr Haupt erhob und je stärker das Klassenbewußtsein im Proletariat Wurzel faßte, desto mehr drangen die „gefährlichen Klassen“ ins Meer und desto deutlicher wurde die Armee ein Spiegelbild des auf Unterdrückung der Massen beruhenden Klassenstaates. Jetzt begreift man, warum Wilhelm I. das Bismarck und den Drill und die auf drei Jahre verlängerte Dienstzeit haben wollte: er brauchte sie als Gegengift gegen die allgemeine Wehrpflicht. Wie man die österreichische Staatsverwaltung mit einem Scherzwort bezeichnet als den Absolutismus gemildert durch die Schlampererei, so könnte man die wilhelminische Armee reform bezeichnen als die allgemeine Wehrpflicht gemildert durch die Schinderei. Und jetzt begreift man auch, weshalb man seit jenen Tagen systematisch dem Offizierkorps jene staatsgefährliche Söldner- und Prätorianer gesinnung einzupflanzen bemüht ist, wie wir im Januschauerlichen Wort vom Leutnant und seinen zehn Mann, der auf Befehl des Kaisers den Reichstag auseinanderpresst, oder in dem Delbrück'schen Zitat von dem „Fundament unseres Staatswesens“ befähigt finden. Gegen das demokratische Element der allgemeinen Wehrpflicht der Massen organisierte man das aristokratische Element des Prätorianertums des Offizierkorps und getrostete sich dann des Wortes vom alten Kiesel: Der Geist der preussischen Armee sitzt in denen. Offizieren!

Dieser Gegensatz nun zwischen Unterdrückten und Unterdrückern in der Armee ist genau der gleiche wie der zwischen Bourgeoisie und Proletariat in der bürgerlichen Gesellschaft. Und ebensowenig wie die Bourgeoisie des Proletariats entzweiten kann, ebensowenig kann es die Heeresleitung. Beide erkennen in ihm ihren Todfeind, und beide sind gezwungen, diesen ihren Todfeind stets stärker werden zu lassen: die Bourgeoisie durch Ausdehnung des Kapitalismus, die Heeresleitung durch Ausdehnung der allgemeinen Wehrpflicht. Die gerne würden sie „abrüsten“, wenn sie könnten: die Bourgeoisie durch Schaffung einer kleinen, gut bezahlten und zufriedenen Proletariatarmee, die Heeresleitung durch Errichtung einer kleinen, lang dienenden, aber absolut zuverlässigen Prätorianerarmee. Aber die wirtschaftliche Entwicklung peitscht sie vorwärts, und so sind beide gezwungen, wider ihren Willen die Position ihrer Todfeinde zu stärken. Die Klassenentgegensätze

verschärfen sich in der Gesellschaft wie in der Armee. Als unterdrückte Klasse erscheint das Proletariat machtlos, in der Armee wie in der Gesellschaft. Seine Macht aber wird offenbar im Zusammenstoß mit den herrschenden Klassen, in einer revolutionären Periode.

## Neue Steuern.

Die „Königliche Volkszeitung“, die, wie das ganze Zentrum, über Vorgänge in der Reichsregierung immer gut unterrichtet zu sein pflegt, knüpft an die Ernennung der Staatssekretäre Rühl und v. Jagow zu preussischen Staatsministern die Mitteilung, daß der Reichskanzler Herr Rühl nur deswegen noch behält und sogar zu neuen Ehren befördert, weil er ihn für die neue Finanzvorlage gebraucht, die für den Herbst oder Winter ganz sicher bevorsteht. Diese Nachricht entbehrt nicht der inneren Wahrscheinlichkeit, im Gegenteil ist sie, was ihren sachlichen Kern betrifft, weder neu, noch gar, wie sie von einem Teil der bürgerlichen Presse aufgenommen wird, überraschend. Wir wissen bereits, daß eine neue Marinevorlage kommt, die eine Mannschäftsvermehrung und eine Verstärkung der Auslandsschiffe fordert. Wir wissen, daß der Wehrbeitrag ein Defizit von zweihundert Millionen Mark gebracht hat, die in den Ausgaben des Etats bereits vergeben sind und daher irgendwie aufgebracht werden müssen. Wir wissen, daß die Besoldungsvorlage im Reich und die Aufbesserung der Altpensionäre wieder kommen werden, und daß das Geld für diese Ausgaben gleichfalls noch nicht vorhanden ist. Außer diesen positiven Forderungen gibt es eine ganze Reihe stiller Wünsche in der Reichsregierung, für die das Geld bei der gegenwärtigen Finanzwirtschaft aus den ordentlichen Einnahmen auch nicht gefunden werden kann. Aus alledem ergibt sich also, daß das deutsche Volk sich durchaus darauf gefaßt machen muß, im kommenden Herbst oder Winter durch neue Steuern wieder geschröpft zu werden.

Die Kiesel beginnen nur erst bei der Frage, welche Steuern bevorstehen. Die „Kreuzzeitung“ hat vor Monaten schon nach einer Erhöhung der Zigarettensteuer geschrien und für ein Zigarettenmonopol Stimmung zu machen versucht. Sie hat diesen Vorschlag zugleich begründet mit einem Schuß der deutschen Tabakbauern, die durch die enormen Steigerungen der letzten Tabaksteuern in die ärgste Bedrängnis gekommen waren. Sie hat natürlich dabei vergessen, ihren Lesern mitzuteilen, daß es gerade die Konservativen waren, die dieser Tabaksteuer gegen die Stimmen der Sozialdemokratie zur Annahme verholfen haben. Ein anderer Teil der bürgerlichen Presse bemüht sich erneut, das Petroleummonopol in empfehlende Erinnerung zu bringen. Dafür aber ist, wie man weiß, das Zentrum nicht zu haben, das an

den Zuckerprozenten der Standard-Oil-Compagnie ein erhebliches Interesse hat. Nebenbei verweist man auf das unter den Tisch gefallene Kennwettgesetz, das auf Kosten der Spielbeidenchaft den Staatskassen füllen soll.

Diese Pläne sind seit längerer Zeit bekannt. Eine andere Absicht, die im Reichskanzleramt erwogen wird, und für die die Agrarier seit langem auf allen möglichen Schleichwegen eine höchst energische Propaganda machen, ist gerade jetzt mit einem schamhaften Schleier bedeckt geblieben. Es wird Zeit, diesen Schleier zu lüften. Der heutigetierige Plan der Agrarier, den er verdecken will, bezieht in dem Spiritusmonopol. Die Spirituszentrale mit all ihren Hintertürmern in den gesetzgebenden Körperschaften, in der Verwaltung im Reich und in Preußen hat diesen sauberen Plan seit Jahren vorbereitet und will ihn nur so lange noch verdeckt gehalten wissen, bis sie alle Augenblicke in der Spiritusproduktion in ihre Abhängigkeit gebracht hat. Diese Absicht ist ihr mit dem brutalsten Terrorismus, den man sich denken kann, je länger je mehr, gelungen. Nachdem sie sich Südwestdeutschland unterjocht hat, ist ihr in den letzten Tagen, wie wir gestern mitteilten, auch in Ostdeutschland wieder ein großer Fischzug gelungen, und die paar Produzenten, die sich gegen sie noch wehren, kommen kaum mehr in Frage. Zugleich aber arbeiten die gerissenen Manager der Zentrale nach einer anderen Seite für ihren weit-sichtigen Plan eines Staatsmonopols gebührend vor. Sie haben in der letzten Zeit die Vergütungen an die Brenner bedeutend erhöht und kommen auch sonst ihren Mitgliedern entgegen. Dahinter steckt weiter nichts als die Absicht, bei einer späteren Verstaatlichung eine möglichst hohe Abfindungssumme auf Kosten der deutschen Steuerzahler herauszuschlagen. Das ist ein so saubere Plan, daß er des Schweiges der Eiden schon wert ist! Wenn das deutsche Volk sich aber nicht rechtzeitig aufrast, bezieht die große Gefahr, daß er Wirklichkeit wird. Die Regierung wird schließlich für jeden Plan zu haben sein, wenn sie nur ihr Geld bekommt. Im Reichstage aber läßt sich für diesen Zuckerplan der Agrarier auch sehr wohl eine Majorität vorstellen. Außer den Konservativen wird der starke agrarische Teil des Zentrums und der Nationalliberalen dafür eintreten; die Polen werden gleichfalls mitmachen.

Wie sich aber auch die Dinge im einzelnen gestalten mögen — soviel steht fest, daß der deutsche Kiesel zum Herbst oder Winter erneut in die Tasche greifen muß. Es gibt, vom Standpunkte der bürgerlichen Parteien, auch kein Mittel dagegen. So lange der Wahnsinn des Militarismus und Marinismus bestehen bleibt, sind nicht nur diese Rüstungen zu Lande und zu Wasser eine Schraube ohne Ende, sondern auch die Steuern, die für diesen Wahnsinn die Kosten decken müssen. Wer also das deutsche Volk vor einer neuen und weiteren Auspöterung bewahren will, muß zuerst und vor allem gegen den Rüstungswahnsinn Front machen. Hier hilft kein Mundspitzen, — hier muß gepfiffen werden.

## FabrikEinsturz in Lichtenberg.

### Bis jetzt: 4 Tote, 8 Verletzte.

Ein schweres Unglück hat sich gestern vormittag in Lichtenberg zugetragen. In der Neuen Bahnhofstraße 11-14 befinden sich die Fabrikanlagen der Anorr-Bremse-Aktiengesellschaft vorm. Carpenter und Schulze. Kurz vor 10 Uhr stürzte im Lagerraum des fünften Stockes eines Seitensüßels der Fußboden ein und riß die Decken der anderen Stockwerke samt den Maschinen und den daran beschäftigten Arbeitern bis zum Kellergehöck in die Tiefe, alles unter sich begrabend. Dabei fanden eine Reihe von Angestellten und Arbeitern den Tod, eine Anzahl wurden schwer verletzt. Wieviel Tote und Verletzte in Frage kommen, ist bei der Schwere der Aufräumungsarbeiten und der großen Aufregung noch nicht einwandfrei festgestellt.

### Einzelheiten des Unglücks.

An Einzelheiten wird berichtet: Die Luftdruckbremsenfabrik besteht schon seit über zehn Jahren und hat auch ihre Fabrikanlagen seitdem in der Neuen Bahnhofstraße, in nächster Nähe des Bahnhofes Stralau-Kummelsburg. Die Fabrik liefert Luftdruckbremsen für die Eisenbahn. Im vergangenen Jahre stellte sich die Notwendigkeit heraus, die Fabrikgebäude zu vergrößern, da die bisher innegehabten Räumlichkeiten nicht ausreichten. Es wurde dem alten Fabrikgebäude ein Neubau angegliedert, der ungefähr zwei Grundstücke umfaßt. Im März d. J. war er so weit, daß er bezogen werden konnte. Nach und nach wurden dann auch bis Pfingsten die einzelnen Abteilungen nach dem Neubau verlegt. Nun trat aber ein Stillstand in Aufträgen ein und die Gesellschaft sah sich genötigt, Lagerarbeiten anfertigen zu lassen. Zu deren Unterstellung war ein großer Raum im fünften Stockwerk vorgesehen. Beim Aufstellen der Bremstöpfe, Zylinder usw. war schon vor einiger Zeit die Befürchtung gehegt worden, daß der Fußboden die schwere Last nicht tragen könne. Er wurde daraufhin auf seine Tragfähigkeit geprüft und diesbezüglich verfahren. Gestern plötzlich, wenige Minuten vor 10 Uhr, erfolgte nun doch

ein Einsturz. Der Fußboden brach in einem Umfange von zehn Metern ein und stürzte mit den daraufstehenden Eisenkörpern in die Tiefe, durchschlug die Decken des vierten, dritten, zweiten und ersten Stockwerks und zerstörte auch noch das Kellergehöck. Im vierten Stockwerk, unter der Einsturzstelle, befindet sich ein Bureauaum, im dritten die Kantine, im zweiten und ersten Stockwerk sind Revisionsräume und im Erdgehöck ist eine Schleiferei. Wie viele Personen nun mit in die Tiefe gerissen worden sind, läßt sich noch nicht bestimmt sagen. Es sind nicht alle mit abgestürzt, da nicht die ganzen Decken eingeschlagen wurden, sondern alle nur an einer Stelle. Nach der Katastrophe, die weithin hörbar war, wurde der ganze Betrieb sofort eingestellt.

Im ganzen sind bei der Anorr-Bremse-Akt.-Ges. etwa 1000 Personen beschäftigt, die sich aber immer schichtweise ablösen.

### Die Rettungsarbeiten.

Als man die Größe des Unglücks über sah, wurde sofort die Lichtenberger Feuerwehr benachrichtigt, die in kürzester Zeit in voller Stärke zur Stelle war und gemeinsam mit den Arbeitern das Rettungswerk begann. Bald darauf war auch ein Zug der Berliner Feuerwehr zur Stelle, und in kurzen Abständen trafen zahlreiche Krankenwagen des Verbandes für erste Hilfe sowie mehrere Ärzte ein. Die Rettungsarbeiten gestalteten sich außerordentlich schwierig, weil sich die Trümmer auf engem Raume hoch türmten und fortgesetzt die Gefahr weiterer Einstürze drohte. Nach außerordentlich angestrengter Arbeit konnten bis 1/2 Uhr nachmittags zwei Tote und fünf Schwerverletzte unter den Trümmern hervorgezogen werden. Außerdem wurden zahlreiche leichter Verwundete befreit.

### Die Kunde von dem Unglück

verbreitete sich in der Nähe der Unglücksstätte außerordentlich schnell und bald war die Neue Bahnhofstraße von Menschen belagert. Da der Betrieb der Fabrik sofort nach dem Unglück eingestellt wurde, wurden überall die Ursachen und die Folgen des Unglücks, die

man bis in die Nachmittagsstunden hinein nicht übersehen konnte, lebhaft diskutiert. Hochgradige Erregung bemächtigte sich der Angehörigen von Arbeitern, die den Ernährer unter den Trümmerhaufen vermuteten, an denen die Feuerwehre arbeitete, und furchtbar war der Eindruck beim Vergen eines Toten oder eines Schwerverletzten. Des Morgens noch gesund, nach einigen Stunden eine Leiche, ist das Risiko der Arbeiter.

## Die Opfer der Katastrophe.

Die Zahl der bei dem Unglück Getöteten und Verletzten ist nicht sicher festgestellt, zumal die Aufräumungsarbeiten noch fortgesetzt werden. Die Angaben eines Extrablattes des „Berliner Tageblatts“ von 100 Begrabenen stimmt nicht. In dem in Frage kommenden Verbindungsbau waren etwa 100 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, von denen sich die Mehrzahl retten konnte. Nach den bisherigen Feststellungen sind

### 4 Personen tot, 8 verletzt.

Es sind dies: Lagerhalter Robert Zingel, Arbeiter Emil Jahn, W. Eichholz und Franz Raad.

Schwer verletzt wurden vier Personen: die Kontinentwirtin Luise Reuz, der Revisor Emil Krüger, der Techniker Julius Schulz und der Arbeiter Fr. Kohl. Leicht verletzt sind ebenfalls vier Personen: der Profiseur Dipl.-Ing. Saubeur mit den Arbeitern A. Witten, F. Schmitz und A. Reschelsohn. Von den Schwerverletzten, die im Kaiserin-Auguste-Viktoria-Krankenhaus liegen, ist das Befinden des Technikers Julius Schulz aus Friedrichshagen, Berliner Straße 18, nicht unbedenklich. Das Befinden der übrigen drei war zufriedenstellend. Sie hatten schwere Knochenbrüche, Kopfwunden und Verfracturen erlitten. Man hofft indes, alle Verletzten zu retten.

Die Lichtenberger Feuerwehre war noch bis in die späte Nacht an der Unfallstelle mit den Rettungsarbeiten beschäftigt und wird diese auch heute noch fortsetzen. Man glaubt aber, nun alle Personen und Leichen aus den Trümmern geborgen zu haben.

### Eine Betriebsversammlung

der Arbeiter findet heute mittag 12 Uhr im Café Bellevue, Nummelsburg, Hauptstr. 3, statt, um genau festzustellen, welche Arbeiter noch fehlen.

### Die Ursache des Unglücks.

Es scheint festzustehen, daß das Unglück dadurch verschuldet worden ist, daß im fünften Stockwerk im Lagerraum schwere Eisenteile (fertige Pumpen) auf eine bestimmte Stelle gebracht worden sind. Die Befestigung des Fußbodens war aber zu groß und infolge dessen stürzte derselbe ein, die übrigen Decken durchschlagend. Befremdend ist, daß auch die übrigen Decken sofort durchschlagen worden sind. Dieser Umstand soll sich daraus erklären, daß die Decken nach einer besonderen Konstruktion hergestellt worden sind. Diese bestand aus eisernen Wänden zwischen Ziegelleisten, die durch Zement verbunden waren. Die eisernen Träger lagen aber nicht auf dem Baumwerk auf. Dadurch soll es sich erklären, daß die Decken in sämtlichen fünf Geschossen in einer Ausdehnung von 60 Quadratmeter einstürzten, als die oberste Decke unter der großen Last nachgab.

Nach Angaben, die uns gemacht wurden, scheint der gesamte Bau zu erheblichen Beanstandungen Anlaß zu geben. Und wird berichtet, daß die Treppen in dem Neubau nur eine Breite von 1 1/2 Metern aufweisen und daß die Arbeiter infolgedessen schon vor längerer Zeit die Einführung einer stufenförmigen Arbeitszeit beantragt hätten, um aus den Wasch- und Garderobenzimmern die Treppen ordnungsgemäß passieren zu können. Das mußte doch ein Baumeister wissen. Ferner wird positiv behauptet, daß der Neubau, in dem das Unglück passierte, im März wohl in Benutzung genommen worden sei, daß aber die polizeiliche Abnahme des Baues erst vor einigen Wochen erfolgt sei. In Arbeiterkreisen schiebt man die Schuld an dem Unglück außer der Bauleitung der Lichtenberger Baupolizei zu, die dem Bau nicht die Aufmerksamkeit zugewendet habe, die man im Interesse des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter verlangen müßte. Seit geraumer Zeit zeigen sich auch an den Decken des alten Gebäudes breite Risse, die auf Senkungen unzulänglicher Fundamentierungsarbeiten zurückgeführt werden, so daß dort Absteifungen haben vorgenommen werden müssen. Ob es unter solchen Umständen richtig ist, daß die Lichtenberger Baupolizei selber die Untersuchung führt, wird vielfach angezweifelt.

## Juristische Beleuchtung des Luxemburg-Prozesses.

Der eigentümliche Gang des Prozesses gegen die Gemahlin Rosa Luxemburg und die Begründung, mit der das Gericht dem Verurteilungsantrage stattgegeben hat, werden in einem Artikel der „Frankfurter Zeitung“ einer kritischen Würdigung unterzogen. Der Artikel kommt zu demselben Ergebnis, zu dem jede objektive Beurteilung an der Hand des Gesetzes gelangen muß, nämlich zu dem, daß die Verurteilung des Prozesses in dem Gesetz keine Stütze findet. Die Staatsanwaltschaft hat bislang auch nicht einen einzigen Zeugen für ihre Behauptung namhaft gemacht, die unter Anklage gestellten Behauptungen der Angeklagten seien nicht erweislich wahr. Die Anklage wurde trotzdem nicht ohne weiteres abgelehnt. Die Angeklagte trat ihrerseits, ohne vom Gesetz hierzu verpflichtet zu sein, den Beweis der Wahrheit an, also den blindesten Beweis, daß die Behauptung der Anklage, es lägen nicht erweislich wahre Tatsachen vor, hinfallig ist. Sie tat dies auf zwei Wegen. Vor der Hauptverhandlung beantragte sie angeblich die Herbeischaffung der von ihr angegebenen Beweismittel. Der Antrag wurde abgelehnt. Nunmehr konnte sie diese Anträge wiederholen oder konnte, um zu einer schleunigen Verhandlung zu gelangen, Zeugen unmittelbar in der vom Gesetz vorgesehenen Form laden. Das tat sie. Die „Frankfurter Zeitung“ sagt hierüber zutreffend:

„Der Angabe eines Beweismittels, also derjenigen Tatsachen, über welche die Zeugen vernommen werden sollen, bedurfte es überhaupt nicht. Keine gesetzliche Bestimmung gibt es, welche die Verteidigung zwingt, dem Gericht oder dem Staatsanwalt diejenigen Tatsachen anzugeben, zu deren Beweis die betreffenden Zeugen benannt sind.“

Die Verteidiger gingen aber über ihre in der Strafprozessordnung ihnen auferlegte Pflicht hinaus und kamen dem Gericht entgegen. In der „Frankfurter Zeitung“ wird nun ausgeführt:

„Die Verteidigung ist nach § 221 lediglich verpflichtet, die Namen der von ihr unmittelbar geladenen Zeugen unter Angabe ihres Wohnorts rechtzeitig der Staatsanwaltschaft namhaft zu machen. . . . Dann mußten sämtliche von der Verteidigung zur Stelle gebrachten Zeugen vernommen werden. . . .“

Nach § 245 Absatz 2 kann die Staatsanwaltschaft nur dann die Aussetzung der Hauptverhandlung verlangen, wenn entweder ein zu vernehmender Zeuge ihr so spät namhaft gemacht worden ist, daß es ihr an der zur Einziehung von Erkundigungen erforderlichen Zeit gefehlt hat, oder eine zu beweisende Tatsache zu spät vorgebracht worden ist. Die letztere Möglichkeit kommt nicht in Betracht, da es sich im vorliegenden Falle nur um die Tatsache der Mißhandlungen handelt, diese Tatsache aber bereits bei der Erhebung der Anklage der Staatsanwaltschaft bekannt war. Der Antrag der Staatsanwaltschaft auf Aussetzung konnte daher hier nur damit begründet werden, daß ihr die Namen der Zeugen zu spät mitgeteilt worden seien. Dann aber kann die Aussetzung der Hauptverhandlung nach der ausdrücklichen Vorschrift des Gesetzes nur „zum Zwecke der Erkundigungen“ beantragt werden.

Aus dieser Feststellung der im § 245 gegebenen Grundzüge folgt die Unvereinbarkeit der vom Gericht im Aussetzungsbeschluss gegebenen Begründung mit den Bestimmungen des Gesetzes. . . .“

Die Staatsanwaltschaft hatte kein Recht, die Aussetzung aus dem Grunde zu beantragen, weil sie über die einzelnen unter Beweis gestellten Tatsachen Erkundigungen einzuziehen wollte. Wenn die Verteidigung das Entgegenkommen bewiesen hat, diese Tatsachen anzugeben, so folgt hieraus noch kein Recht der Staatsanwaltschaft zur Verurteilung. Selbst über die Persönlichkeit der vorgeschlagenen Zeugen und unabhängig von der Frage, was sie aussagen sollen oder können, hat die Staatsanwaltschaft das Recht, Erkundigungen einzuziehen, und nur zum Zweck dieser persönlichen Erkundigungen kann sie Aussetzung beantragen. Ob aus diesem Grunde der Antrag der Staatsanwaltschaft berechtigt war, scheint das Gericht überhaupt nicht geprüft zu haben. Nur diese Prüfung aber hätte es vornehmen dürfen.“

Die „Frankfurter Zeitung“ führt dann aus:

„Ob aber das Gericht dem Verurteilungsantrage statt, so hätte es wenigstens eine Frist bestimmen müssen, bis zu welcher die Erkundigungen der Staatsanwaltschaft als beendet anzusehen wären und die Verhandlung wieder aufgenommen werden konnte. Wenn es das unterlassen und vielmehr „der Verteidigung aufgegeben“ hat, das Material so bald als möglich der Staatsanwaltschaft und dem Gericht zugänglich zu machen, so liegt darin eine Verkennung der Aufgaben des Strafprozesses und der Rechte des Angeklagten. Unser Strafverfahren beruht glücklicherweise auf unmittelbarer Verhandlung; dem Angeklagten kann mit präjudizeller Wirkung nichts „aufgegeben“ werden, und niemand kann ihn zwingen, sein Material früher bekannt zu geben, als er es im Interesse der Förderung der Hauptverhandlung und zu seinen Gunsten für richtig hält.“

Der Artikel untersucht endlich, ob etwa die §§ 190 und 191 des Strafgesetzbuchs ein Recht auf Aussetzung begründet hätten. Er weist darauf hin, daß das Gericht seinen Aussetzungsbeschluss auf diese Paragraphen gar nicht gestützt habe. Die beiden Paragraphen trafen aber auch nach keiner Richtung zu. Verleidiert sein soll ja das ganze deutsche Heer und „gegen dieses kann doch wohl kein Strafverfahren eröffnet werden“. Außerdem fehle es an der zweifellos bestehenden Voraussetzung des § 191, daß „zum Zwecke der Herbeiführung eines Strafverfahrens“ bei der Behörde Anzeige gemacht ist. „Wenn die Namen der zu vernehmenden Zeugen und die Tatsachen, über welche diese Zeugen vernommen werden sollen, dem Entgegenkommen der Verteidigung bekannt geworden sind, so kann doch in dieser Angabe niemals eine Anzeige gefunden werden, noch viel weniger eine Anzeige „zum Zwecke der Herbeiführung eines Strafverfahrens“.“

Die Ausführungen der „Frankfurter Zeitung“ stehen in einem erfreulichen Gegensatz zu dem Gieranz der „Deutschen Tageszeitung“, „Augsburger Zeitung“ und ähnlicher konservativer Organe, denen eine Beurteilung der Angeklagten ohne jede Rücksichtnahme auf Gesetz, Wahrheit und Recht das liebste gewesen wäre.

## Politische Uebersicht.

### „Im Namen des Königs.“

Unter dieser Rubrik veröffentlicht unser Münchener Parteiblatt eine Anzahl Dokumente, die einem Mitglied der sozialdemokratischen bayerischen Landtagsfraktion von dem Münchener Rechtsanwalt Saenger zur weiteren Verwendung zugegangen sind. Die Schriftstücke sind geeignet, dem geringen Vertrauen zu unserer Rechtspflege einen weiteren Stoß zu versetzen.

Das erste Schriftstück ist eine Beschwerde an den Präsidenten des Landgerichts Eichstätt als Berufungsinstanz in einer Verleumdungsklage. Es heißt da:

„Während der Herr Berichterstatter Bericht erhaltete, sah ich, daß der Herr Landgerichtsdirektor Höckerl auf einen leeren Bogen Papier einige Sätze niederschrieb. Die Urteilsberatung dauerte nur einen Augenblick, und nach dem Herausritt aus dem Beratungszimmer verlas der Herr Landgerichtsdirektor Höckerl von dem Bogen, auf dem er beim Beginn der Verhandlung die Sätze geschrieben, daß die Berufung der Angeklagten verworfen sei. Es kann demnach einem Zweifel wohl nicht unterliegen, daß die Verwerfung der Berufung der Angeklagten bereits beim Beginn der Verhandlung vor dem Verhör der Angeklagten und vor den Ausführungen der beteiligten Rechtsanwälte schriftlich niedergelegt wurde. Ich mußte in einem solchen Verfahren einen so schweren Verstoß gegen die Grundzüge der Strafprozessordnung erblicken und eine Sanktion des von einem höheren Richterbeamten neulich ausgesprochenen Satzes, daß man darauf, was die Rechtsanwälte zu sagen hätten, nicht erst warten brauche, daß ich den Herrn Präsidenten des Landgerichts hiermit höflich ersuche, zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen.“

Der Präsident Gailhofer erwiderte: „Auf Ihre Eingabe vom 29. Januar d. J. teile ich Ihnen mit, daß ich keinen Anlaß habe, zu der von Ihnen bezeichneten Angelegenheit weiter Stellung zu nehmen. Die Feststellung eines Entwurfs des Urteilsfases geht nur den an, der diesen Entwurf fertigt und kann keinesfalls als unzulässig angesehen werden. Wenn aber aus der von einem Beteiligten vermuteten Tatsache, daß ein solcher Entwurf vor der Beratung gefertigt wurde, und aus der kurzen Dauer der Beratung der Schluss gezogen werden will, als ob das Gericht nicht die ganze mündliche Verhandlung bei der Beratung, Abstimmung und Urteilsfällung berücksichtigt hätte, so muß dieser Vorwurf entschieden zurückgewiesen werden.“

Rechtsanwalt Saenger wandte sich dann an den bayerischen Justizminister. In dem Schreiben wird ausgeführt:

„Der Herr Landgerichtspräsident findet nichts dahinter, daß Urteile schon im Anfang einer Sitzung gefertigt werden. Ich glaube mich zu erinnern, daß von allen obersten Justizbehörden stets mit Entschiedenheit dagegen Stellung genommen wurde, wenn Behauptungen des Inhalts aufgestellt wurden: es komme bei einzelnen Gerichten vor, daß die Urteile schon vor der Verhandlung niedergeschrieben würden. Ich glaube, daß jede oberste Justizbehörde genau weiß, warum sie gegen solche Behauptungen Stellung nimmt. Urteilsentwürfe in Strafsachen sind doch eigentlich wohl nach den Bestimmungen der Prozessordnung nicht recht zu verstehen; denn es soll gerurteilt werden auf Grund der mündlichen und öffentlichen Gerichtsverhandlung. Darum verstehe ich nicht, wie man schon vor der Verhandlung urteilen kann. . . . Und die Angeklagte (es handelt sich in diesem Falle um die Verleumdungsklage

des Oberleutnants Seiber in Ingolstadt gegen eine Mandantin des Rechtsanwalts Saenger. — D. Red.) wird es gar nicht verstehen, wenn ihre Beurteilung „entworfen“ wird, bevor sie gehört ist, bevor der Richter von ihr persönlichen Eindruck gemann und bevor ihr Vertreter zu den Herren des Gerichts gesprochen. . . . Auch die Insignienahme des betreffenden Herrn Direktors bringt mich nicht von der Meinung ab, daß der Richter, der vor der eigentlichen Verhandlung eine Angeklagte „entwurfweise“ für schuldig hält, sie auch tatsächlich für schuldig erkennen wird; dann hat er aber seine Meinung sich nicht gebildet in der mündlichen Verhandlung, sondern bei Beginn der mündlichen Verhandlung, und das ist gegen das Gesetz, gegen den Wortlaut des Gesetzes, gegen den Geist des Gesetzes und gegen die wiederholt gehörten Erklärungen der obersten Justizbehörden. . . .“

Das bayerische Staatsministerium sandte die Beschwerde dem Präsidenten des Oberlandesgerichts Augsburg zur zunächst zu-jährigen Vorbescheidung zu. Der Vorbescheid kam; in ihm heißt es: „Am der gesetzlichen Vorschrift, daß der Urteilsfah verlesen werden muß, zu genügen, ist es Aufgabe eines der Berichtsmitglieder, in der Regel die des Referenten oder des Vorsitzenden, die zur Verlesung kommende Urteilsformel zu bringen. Es besteht nun allgemein der nicht zu beanstandende Gerichtsgebrauch, daß die Richter, um bei der geheimen Beratung des Urteils mit der Niederschrift der Urteilsformel nicht aufgehalten zu sein, häufig den Urteilsfah im Entwurfsformularen, um diesen nach gepflogener Beratung und Abstimmung, wenn deren Ergebnis sich mit dem Inhalte des Entwurfs deckt, als Niederschrift des Urteilsfahes zu verwenden. Es ist dabei selbstverständlich, daß, wenn das Ergebnis der Beratung und Abstimmung anders ausfällt, als wie im Entwurf angenommen war, der erste Entwurf gegenstandslos wird und ein neuer Urteilsfah dann niedergeschrieben werden muß. Ein Verstoß gegen das Prozeßgesetz ist in diesem Verfahren in keiner Weise zu erblicken. . . . Ihre Beschwerde gegen den Bescheid des Landgerichts Eichstätt ist daher völlig unbegründet.“

In einem nochmaligen Schreiben an den Justizminister sah Rechtsanwalt Saenger seine Vorstellung in den Sach zusammen: „Läßt es die bayerische Rechtspflege zu, daß der Vorsitzende eines Gerichts vor Einvernahme der Angeklagten, vor Erhebung der Beweise und vor Anhören des Verteidigers die Beurteilung einer Angeklagten niederschreibt?“

Das bayerische Justizministerium antwortete: „Ihre Eingabe wurde geprüft, hat aber zu einer dienstaus-schließlichen Verfügung keinen Anlaß gegeben.“

gez. v. Helemann.“

Aus den Schriftstücken geht hervor, daß es in Bayern gebräuchlich wird, daß der Vorsitzende eines Gerichts vor Anhören der Angeklagten und vor allem vor Anhören des Verteidigers die Beurteilung einer Angeklagten niederschreibt; ja, der Herr Präsident des Oberlandesgerichts Augsburg hat nachdrücklich sogar betont, daß dies in Bayern allgemein üblich sei. In der Antwort des Ministers vom 16. Mai 1914 liegt eine Zustimmung dieser „Gewohnheit“, die dem Gesetz und Recht geradezu Hohn spricht.

### Neue Marinereüstungen.

Im Marineministerium jagt ein Rüstungsprojekt das andere. Geld spielt bei diesen Plänen keine Rolle. Weiter steht eine Umwälzung in der Marineartillerie bevor. Die schwere Artillerie der Linienfahrzeuge und Panzerkreuzer hat jetzt ihre furchtbarsten Vertreter im 305-Zentimeter-Geschütz, das die neuesten Dreadnoughts in Doppelpanzertürmen bis zu 19 Stück besitzen. Die riesigen Geschütze schleudern Geschosse bis zu 10 000 Metern im Gewicht von rund sechs Zentnern, die auf geringe Entfernungen die starken Panzerungen der Schiffe glatt durchschlagen sollen. Aber die moderneren Nordwestzeuge sind noch lange nicht bis zur letzten erreichbaren Stufe entwickelt. Den ungeheuren Schiffstolossen ist ein neuer gefährlicher Gegner entstanden in der neuen Torpedowaffe, einem sich selbst unter Wasser steuernden Geschos, gegen das schließlich die schwerste Artillerie ohne Wirkung ist, wenn die Träger der Torpedowaffe nicht außerhalb der Aktionslinie der Torpedos von der schweren Artillerie erreicht werden können.

Nun hat die Torpedotechnik in den letzten Jahren ganz erhebliche Fortschritte gemacht. Die Laufstrecke der Torpedos ist bei einzelnen Modellen bereits auf 10 000 Meter Entfernung gebracht worden. Auf diese Strecke können also Torpedos wirkungsvoll auf die feindlichen Schiffstolosse geleitet werden, ohne daß diese sich die gefährlichen Träger der Torpedos mit der Artillerie vom Leibe halten können.

Es hat natürlich nicht lange gedauert, gegen diese Ueberlegenheit der Torpedos Gegenmittel zu finden. Sie wurden geschaffen in der Verstärkung des Kalibers der schweren Artillerie. England hat zunächst 32- und 34-Zentimeter-Geschütze verwandt, ist heute aber mit den Vereinigten Staaten bereits auf 38-Zentimeter hinaufgegangen. Deutschland will ihnen jetzt nachfolgen. Es macht sofort den Sprung vom 305-Zentimeter- auf das 38-Zentimeter-Geschütz. Das letzte deutsche Linienfahrzeuge, das mit 305-Zentimeter-Geschützen ausgerüstet wird, ist der vor einigen Monaten vom Stapel gelassene „Kronprinz“. Die ersten Schiffe, welche das 38-Zentimeter-Kaliber tragen, sind „Ersatz Wörth“ und „T“, deren Kiel im Vorjahre auf der Schichauwerft in Danzig und den Howaldtwerken in Kiel gestrichelt wurde und deren Fertigstellung im Sommer 1916 zu erwarten ist. Mit dem 38-Zentimeter-Geschütz kann das Feuer-geschütz bereits auf 15 000 Meter, also außerhalb des heutigen Wirkungsbereiches der Torpedowaffe, begonnen werden. Obendrein soll das neue Geschütz aber auch eine absolute Ueberlegenheit über den Panzer der Schiffe besitzen.

Daraus folgt dreierlei: Einmal sind die heutigen, erst wenige Jahre oder gar nur Monate alten Dreadnoughts in kurzer Zeit wieder minderwertig geworden gegenüber den Schiffen mit 38-Zentimeter-Geschützen. Sie stellen eine andere Geschwindigkeit dar. Dann erwächst für die Ingenieure der Panzerplattenfabrikanten die Aufgabe, auf eine Verbesserung der Schiffspanzer hinzuwirken, damit sie auch den Wirkungen der 38-Zentimeter-Geschosse standhalten. Und drittens wird es Aufgabe der Torpedokonstruktoren sein, die Lauffähigkeit der Torpedos noch über 10 000 Meter hinaus zu steigern.

Was jetzt ist es der Panzerplatten- und der Torpedotechnik stets gelungen, den Fortschritten der Artillerie nachzukommen. Das wird wohl auch jetzt wieder der Fall sein. In ganz kurzer Zeit ist der Status quo sicher wieder hergestellt. Das 38-Zentimeter-Geschütz wird trotz seiner gewaltigen Durchschlagskraft auf einen entsprechenden Panzer treffen, der ihm standhält, und der Torpedo wird bald die 10 000 Meter Lauffähigkeit überschreiten und den neuen Schiffstypen genau so gefährlich werden, wie den heutigen. Dann beginnt das Spiel von neuem. Das Kaliber der schweren Artillerie wird wieder vergrößert, damit aber auch das Displacement. Die Panzer folgen nach, ebenso die Torpedos und so weiter in unendlicher Linie. Die Kälter aber müssen die Erzeugnisse der Nordwestwerke teuer bezahlen. Auf den Liegeplätzen häuft sich das alte Eisen wenig ausgenutzter Schiffe, ohne irgendeinen Nutzen gebracht zu haben, und man kann eigentlich nur wünschen, daß sie niemals in ernsthafter Benutzung genommen werden. Wann wird dieser Bahnweg endlich einmal ein Ende nehmen?

### Der Militärstat im bayerischen Landtag.

In der bayerischen Abgeordnetenkammer wurde am Mittwoch der Militärstat erledigt und gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Von allen Seiten wurde der bekannte Erlaß des Kriegsministers gegen die tätlichen und wörtlichen Soldatenmißhandlungen lebhaft begrüßt. Der Kriegsminister selbst erklärte zu den Klagen über allzu große Milde der Kriegsgerichte gegen Soldatenkinder, auch in hätte manches Urteil befremdet, und könne er auch nicht in die Unabhängigkeit der Richter eingreifen, so habe er doch unläuglich in einem besonderen Falle aus seiner Meinung kein Gehl gemacht und bemühe sich auch, in Disziplinarfällen bessernd einzuwirken. Von der Absicht der Reichsregierung, eine neue Militärvorlage einzubringen, ist dem Kriegsminister nichts bekannt. Die Entziehung der Einjährig-Freiwilligen-Verechthigung wegen sozialdemokratischer Bestimmung erklärt der Minister für unzulässig. Das schließliche aber, meinte er, nicht aus, daß im Einzelfalle die besondere Art der Betätigung die Qualifikation beanstanden lasse.

Die Abgeordnetenkammer vertagte schließlich ihre Sitzungen auf unbestimmte Zeit, um den Ausschüssen Gelegenheit zu geben, ihre Arbeiten zu fördern.

### „Heuchelei“ oder Infamie.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hatte, wie bekannt, vor kurzem die Schwindelmär in die Welt gesetzt, zwei sozialdemokratische Nationalräte in der Schweiz hätten Landesverrat verübt und seien deswegen verhaftet worden. Auf die Festnagelung dieser mit den üblichen Lugantwendungen auf die deutsche Sozialdemokratie versehenen dreifachen Schwindel besaß das Dertel-Organ die Unberufenheit, den Kern der behaupteten Tatsache einfach ausrechtzuhalten und ebendort die gekränkte Anstandstanz zu spielen. Jetzt endlich, nachdem der Schwindel im Lande den gewünschten Eindruck gemacht, fängt sich das Wünderblatt bemüht, der Wahrheit die Ehre zu geben und einzugestehen, daß die beiden schweizerischen Genossen an dem behaupteten „Landesverrat“ völlig unschuldig sind. Aber die jungen Leute des Herrn Dertel müßten nicht die Gesinnungsgenossen der Lieberthischen Wahrheitsgarde sein, wenn sie nicht auch noch auf ihrem Rückzug dem verhaßten Gegner eins auszuwichen suchten. Und zwar tun sie das in folgender Weise:

„Unser Gewährsmann erklärt es zunächst für eine „unbestreitbare Tatsache“, daß ein organisierter Sozialdemokrat sich als Spion verübt hat. Die sozialdemokratische Presse hat behauptet, die betreffende Person gehöre keiner sozialdemokratischen Organisation an und um ihre Behauptung glaubwürdiger zu machen, hinzugefügt, daß an ihrem Wohnort gar keine sozialdemokratische Organisation bestünde. Diese Behauptung ist bewahrt irreführend; denn an dem betreffenden Orte besteht eine Sektion des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, deren Mitglied die fragliche Persönlichkeit ist. Als Mitglied einer sozialdemokratischen Gewerkschaft hat sich der Spion auch an sozialdemokratische Nationalräte herangewandt und von ihnen gewisse Auskünfte, die Fragen der Landesverteidigung betrafen, erbeten und erhalten. Glücklicherweise ist der Spionageversuch bereits in den ersten Anfängen entdekt und beendet worden; und die Auskünfte, welche die sozialdemokratischen Nationalräte bis dahin gegeben hatten, waren unschädlicher Natur und offenbar auch in gutem Glauben gegeben. Ihnen kann man deshalb wohl höchstens den Vorwurf machen, daß sie vielleicht vorlässiger hätten sein sollen; daß aber ein organisierter Sozialdemokrat bei einem Spionageversuch abgeföhrt worden ist, hält unser Gewährsmann als „unumstößliche Tatsache“ aufrecht, und er bezeichnet die Normirte des „Vorwärts“ gegen die „Deutsche Tageszeitung“ als „bodenlose Heuchelei“.

Der Gewährsmann gibt also endlich zu, daß die beiden sozialdemokratischen Nationalräte von ihm zu Unrecht verleumdet wurden. Damit aber bei der Geschichte doch noch etwas an der Sozialdemokratie hängen bleibt, behauptet er nun dreist und gottesfürchtig, der angeklagte Spion, der sich die Auskünfte geben ließ, sei „organisierter Sozialdemokrat“ gewesen. Wir lassen hier die Frage völlig unerörtert, ob der Mann mit den erhaltenen Auskünften, die nach dem eigenen Geständnis des Gewährsmannes der „Deutschen Tageszeitung“ „unverfänglicher Natur“ waren, wirklich Spionageabsichten verfolgte. Entschieden ist, daß das Dertel-Organ und sein schweizerischer Hintermann es fertig bringen, aus dem Umstand, daß der „Landesverratliche“ Italiener angeblich einer Gewerkschaft angehört, eine Mißhandlung der sozialdemokratischen Partei zu konstruieren. Diese Lumperei steht auf derselben Höhe wie die kramphastigen Versuche des Wünderorgans, die Sarajewer Mörder als Sozialisten auszugeben. Gegenüber dieser geradezu krankhaften Verleumdungssucht kann man allerdings schon nicht mehr von „bloßer Heuchelei“ reden; hier handelt es sich schon um bewusste Infamie!

### Reichstagsersaßwahl in Koburg.

Am Freitag, den 10. Juli, fällt im Wahlkreis Koburg die Entscheidung. Mit äußerster Schärfe wird der Wahlkampf geführt. Die bürgerlichen Parteien — Fortschrittler und Nationalliberale — lagerten sich gegenseitig, um möglichst in die Stichwahl zu kommen. Mit den schädlichsten Mitteln suchen sie sich gegenseitig den Rang in der Bekämpfung der Sozialdemokratie abzulaufen; die Fortschrittler sind in der Verwendung des Reichsverbandsmaterials jedoch nicht zu übertreffen. Die Abgg. Pfarrer Kaumann und Konrad Hauymann, Kopsch und Wiemer suchen zu retten, was möglich ist. In unseren Reihen herrscht siegesfrohe Kampfesstimmung.

### Eine „Tageblatt“-Legende.

Das „Berliner Tageblatt“ berichtet triumphierend von einer „Niederlage“, die Genosse Reichardt in der Generalversammlung seines Kreises erlitten habe, weil dort gegen seinen Widerspruch die Verlegung der Raiffeier auf den ersten Sonntag im Mai empfohlen worden ist. Nun ist ja richtig, daß die Generalversammlung von Potsdam-Orshavelland einen derartigen Beschluß gefaßt hat; indeß keineswegs aus Abneigung gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai, sondern nur, weil sie der Ansicht war, daß durch die Regelung der Unterstützungsfrage in bezug auf den 1. Mai eine wirksame Durchführung der Arbeitsruhe leider zu einer Unmöglichkeit geworden sei. Es liegt also nur eine praktische Differenz vor.

Warum aber verschweigt das „Berliner Tageblatt“ zwei andere Beschlässe derselben Generalversammlung: den einen, der die Haltung unserer Reichstagsfraktion in der Kaiserhoch-Frage billigt, und den anderen über die Propaganda des Waffenkreises? Gerade der letztere Beschluß ist um so bemerkenswerter, als im vergangenen Jahre dieselbe Generalversammlung einen ganz ähnlichen Antrag abgelehnt hatte.

### Herr v. Roebell wird „gemeinnützig“.

Durch die „nationale“ Presse macht die folgende Kotly die Runde:

„Die Minister des Innern und der Landwirtschaft haben durch einen Erlaß den Regierungen empfohlen, auch zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Landverbände die Rechtsauskunft für Winderbemittelte auf dem Lande durch Staat, Kreise, Landwirtschaftskammern mit

staatlicher Unterstützung einzurichten. Zur Beihilfe für die Beratung sind Juristen, Anwälte, Assessoren usw. in Aussicht genommen. An entfernten Orten sollen Sprechstagen eingerichtet werden.“

Nach der staatlichen Jugendpflege und Volksversicherung die staatliche Rechtsberatung! Das deutsche Volk wird sich vor lauter Fürsorge von oben bald nicht mehr zu retten wissen. Und das alles nur, weil man in den Regionen der Faldenhain, Roebell und Krott zu Solz den panischen Schrecken vor der roten Revolutionspartei nicht loszuwerden vermag!

## Die österreichische Regierung und das Attentat.

Wien, 8. Juli. Die Blätter erfahren über die gestrige gemeinsame Ministerkonferenz, man habe darin eingehend die Maßnahmen in der inneren Verwaltung Bosniens und der Herzegovina erörtert, die sich mit Rücksicht auf die letzten schrecklichen Vorkommnisse als unumgänglich notwendig erweisen. Diese Maßnahmen beschränken sich auf den ganzen Bereich der Verwaltung Bosniens und der Herzegovina. Ein gegen Serbien gerichteter und im technischen Sinne als diplomatische Aktion zu bezeichnender Schritt sei nicht in Aussicht genommen. Der gemeinsame Finanzminister habe einen sehr eingehenden Bericht über die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung, die über das Attentat in Sarajewo eingeleitet wurde, erstattet. Die Maßnahmen, welche beschloffen wurden, sollen keineswegs eine Sistierung der Verfassung oder auch nur eine Einschränkung der verfassungsmäßigen Institutionen umfassen, die diesen Ländern im Jahre 1910 verliehen wurden. Es soll vielmehr der Versuch gemacht werden, durch Verwaltungsmaßnahmen, vornehmlich auf dem Gebiet der Polizei, Vorkehrungen zu treffen, die eine strenge Überwachung der Tätigkeit und der Verbindungen der großserbischen Agitation ermöglichen, andererseits durch Verschärfung des Grenzüberwachungsdienstes unerwünschten Jazug aus dem Auslande fernzuhalten. Insbesondere soll auch dem weiteren Eindringen der großserbischen Agitation in die Schulen ein Ziel gesetzt werden. In bezug auf den Grenzüberwachungsdienst soll unter anderem eine Vermehrung der Donauflotte in Aussicht genommen worden sein.

### Der Aufstand in Albanien.

Zanina, 8. Juli. Korika ist gegenwärtig von den epirotischen Truppen eingeschlossen, welche die Stadt besetzen wollen, wenn sie von den albanischen Truppen geräumt wird, und sich einer Beschnahme durch die Aufständischen zu widersetzen gedenken. Durch Funkpruch wird aus Durazzo vom 7. d. M. gemeldet: Auch heute ist in der Lage keine Veränderung eingetreten. In der verfloffenen Nacht wurde aus unbedeutendem Anlaß auf der ganzen Vorpostenlinie ein Feuer eröffnet, nach einer halben Stunde aber wieder eingestellt. Sonst verliefen Tag und Nacht ohne Zwischenfall.

### England.

#### Schwierige Lage der Regierung.

London, 8. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Lage der Regierung scheint gedäht zu sein; gestern abend entging sie wieder einmal nur mit knapper Not der Niederlage. Die Regierung erhielt bei einer wichtigen Abstimmung über ein konservatives Amendement, das einem Mißtrauensvotum gleichkam, eine Mehrheit von nur 23 Stimmen, obwohl die Arbeiterpartei für sie stimmte. Die Abstimmung war das Resultat des Verhaltens der Gruppe der liberalen Millionäre und einiger Liberaler, die die untätige Ministerpolitik des Kabinetts verurteilen. Beide Gruppen enthielten sich der Abstimmung.

#### Sieg der Arsenalarbeiter.

London, 8. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Streik im Woolwicher Arsenal endete mit einem vollständigen Sieg der Arbeiter. Das Resultat der Verhandlungen zwischen den Gewerkschaftsbeamten und der Arsenalleitung ist wie folgt: Alle Arbeiter wie auch der Monteur Entwürfe, der sich auf Anordnung seiner Gewerkschaft weigerte, auf einem von Streikbrechern hergestellten Fundament eine Maschine zu montieren, kehren an ihre früheren Posten zurück. Ein aus den Vertretern der Arbeiter und der Regierung bestehender Untersuchungsausschuß wird eingesetzt, der sich mit den dem Konflikt zugrunde liegenden Grundsätzen zu beschäftigen hat. Was auch das Resultat der Untersuchung ergeben wird: Entwürfe und andere Arbeiter, die in dieselbe Lage wie er verjagt werden sollten, werden nicht bestraft. Den Arbeitern wird von ihren Organisationen empfohlen, die Arbeit auf schon ausgeführten Bauten nicht zu verweigern, wenn nach ihnen keine Streikbrecher beschäftigt werden. Der vollständige Sieg hat bei den Arbeitern begeisterte Freude hervorgerufen; die Unorganisierten strömen in die im Arsenal vertretenen Gewerkschaften.

## Aus der Partei.

#### Einer von der alten Garde.

In Chemnitz ist am Mittwoch der frühere Chefredakteur der Chemnitzer „Vollstimme“, Genosse August Enders, im Alter von 58 Jahren gestorben. Von Beruf Schriftsteller, war Enders, der der Partei seit seiner frühesten Jugend angehörte, von 1888 bis 1890 Geschäftsführer der Leipziger Parteidruckerei. Nach seinem Austritt war er zunächst ein Jahr in der Redaktion der „Erfrühter Tribüne“ tätig, um dann einem Ruf nach Berlin an den „Vorwärts“ Folge zu leisten. Als im Jahre 1899 die „Vollstimme“ in Chemnitz geschaffen wurde, betrauten die Chemnitzer Genossen den Genossen Enders mit der Leitung des Blattes, die er nach einiger Zeit mit der Redaktion des Feuilletons vertauschte. Mit Enders verliert die Partei einen treuen, braven Genossen.

#### Aus den Organisationen.

Der 15. pommerische Parteitag tagte in der Zeit vom 5.—7. Juli in Stralsund. Anwesend waren 69 Delegierte und 20 sonstige stimmberechtigte Teilnehmer. Außerdem vom Parteivorstand Genossin Fieck-Berlin und vom Bezirksvorstand Redenburg Genosse Kröger-Rostock. Den Geschäftsbericht erstattete der Parteisekretär Genosse Horn. Der Bericht erstreckt sich über die Tätigkeit von zwei Jahren. Die Zahl der Parteimitglieder hat sich in dieser Zeit nur um 687 vermehrt; die Zahl der Ortsvereine ist sogar von 96 auf 91 zurückgegangen. Im Allgemeinen herrschte eine starke Mitgliederfluktuation. Einen recht erheblichen Mitgliederverlust brachte der verunglückte Berstarbeiterstreik. Die sozialistischen Gemeindevorsteher haben sich um 8 vermehrt. Die Partei hat jetzt in 26 Orten 77 Vertreter. Ein vorzüglicher Parteiorat ist Barth, eine Stadt von 7600 Einwohnern. Dort sind von den 760 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern 680 Mitglieder der Partei. — Der Kassenbericht läßt

erkennen, daß die Beiträge der Wahlkreisorganisationen eine Zunahme von durchschnittlich 11,68 Proz. erfahren haben. Das Parteigeschäft hat sich recht gut entwikkelt. Leider ist in dem Abonnementstand des „Vollstimmens“ gegenüber 1912 ein Rückgang eingetreten. Genosse Runge, der Sekretär über den Punkt „Presse“ empfiehlt die Beibehaltung des Preisfonds, aber als Druckereifonds bestimmt ist. Er wendet sich auch gegen die Absicht der Genossen in Vorpommern, für ihren Bezirk ein eigenes Parteiorgan zu gründen, da das nicht lebensfähig sei. Beschlossen wird, den Preisfonds in etwas veränderter Form beizubehalten. Ueber die Neugründung sollen Verhandlungen für einen glücklichen Ausweg angebahnt werden. — Sodann sprach die Genossin Fieck-Berlin über „die proletarische Frauenbewegung“. Sie gab eine Reihe wertvoller Anregungen, die dazu beitragen sollen, das Interesse der Frauen für die politische Bewegung zu wecken. Ueber „Wirtschaftspolitik und Agrarierum“ hielt Reichstagsabgeordneter Bogtzer einen Vortrag. Er kennzeichnete darin u. a. auch das reaktionäre Streben der heutigen Reichstagsfraktion, insbesondere des Militarismus. Seine Ausführungen trugen mit dazu bei, daß aus der Mitte der Versammlung der Antrag gestellt wurde, daß der pommerische Parteitag das Verhalten der Fraktion bei Schluß des Reichstags durchaus billige. Gegen eine Stimme wurde der Antrag angenommen. — Beschlossen wurde noch, daß bei Delegationen zu den Kreisversammlungen die Abteilungsführer und weiblichen Vertrauenspersonen in erster Linie zu berücksichtigen sind und daß die Wahlen der Delegierten zu den Parteitag in der Kreisgeneralversammlung oder in Wahlbezirken, die von der Kreisgeneralversammlung festgelegt sind, mittels Stimmzetteln zu erfolgen haben. Zum Internationalen Kongreß wurde Genosse Horn delegiert.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Dortmund-Hörde tagte am 5. d. M. in Dortmund. In dem Bericht des Parteisekretärs wurde der Enttäuschung darüber Ausdruck gegeben, daß es noch nicht gelungen sei, das erste Jahrtausend an Mitgliedern zu überschreiten. Die Zunahme betrug nur 480, so daß eine Mitgliederzahl von 9802 erreicht wurde. Darunter sind 1835 weibliche. Auch das Ergebnis der Gemeindevorwahlen sei unbefriedigend gewesen, obwohl für die Agitation größere Mittel aufgewendet wurden. Das Obligatorium der „Heuchelei“ für die weiblichen Mitglieder wurde abgelehnt. Weiter wurde der Einrichtung von Vortragstufen für Gemeindevorsteher zugestimmt. Ferner sollen jährlich zwei Konferenzen abgehalten werden, in denen zu taktischen Fragen Stellung genommen werden soll. Zum Verhalten der Reichstagsfraktion beim Kaiserhoch lag eine Entschließung vor, die ihr Einverständnis mit dem Beschluß der Fraktion ausdrückt. Der Reichstagsabgeordnete Erdmann ersuchte, über die zur Tagesordnung überzugehen und die Entschließung den Parteitagdelegierten zu überlassen. Die Änderung unserer Taktik werde als eine Kundgebung gegen die Monarchie aufgefaßt. Die Frage der Staatsform sei aber durchaus nicht dringlich. Wir hätten näherliegende Aufgaben zu lösen. Die Entschließung wurde aber mit großer Mehrheit angenommen. Ein Antrag, die Parteitagdelegierten zu verpflichten, sich gegen die Abonnementversicherung auszusprechen, wurde gleichfalls angenommen. Der Parteitag soll durch vier Delegierte besichtigt werden, die durch Urwahl gewählt werden. Als Vorsitzender wurde Redakteur Heußler und als Kassierer der Sekretär Klupsch gewählt.

#### Sakbalastische Preschverfolgungen

leistet sich der Krakauer Staatsanwalt Dolinski gegen die sozialdemokratischen Tagesblätter „Naprzod“ (Vorwärts) und „Glos“ (Stimme). Bekhin ließ er, als er den „Glos“ wegen Wiedergabe der von dem amtlichen L. L. Telegraphenkorrespondenzbureau zusammengestellten serbischen Witterstimmungen konfiszieren, auch gleich über 9000 Exemplare des beiden Blätter, Reichstagsabgeordneter Genosse Dajzynski, verlangte den Erlaß des Schabens in Höhe von 200 Kronen. Als er sich mit dem noch galizischer Landesälte erfolgten Angebot eines Teilerlasses nicht zufrieden gab, erhielt er gar nichts. Dajzynski hat jetzt den Justizminister in einem offenen Schreiben aufgefodert, mit dieser Schandwirtschaft aufzuräumen.

## Letzte Nachrichten.

#### Der französische Senat für soziale Reform.

Paris, 8. Juli. (B. T. N.) Der Senat verhandelte heute über einen Gesetzentwurf betreffend Kredite zur Verabsicherung der Arbeit in industriellen Betrieben der Ministerien der Finanzen und des Krieges auf 49 Stunden durch Anwendung der englischen Woche. Finanzminister Rouleux erinnerte in seiner Begründung des Gesetzentwurfs an die von der Regierung gemachten Versprechungen, an die günstige Abstimmung der Kammer über den Entwurf und an die schon begonnenen Versuche, die eine Art von Verpflichtung geschaffen hätten. Der Berichterstatter de Seloves bekämpfte den Entwurf wegen der Rückwirkung, die er auf die Finanzen haben würde, und weil zu befürchten sei, daß die englische Woche, wenn man sie den Staatsbetrieben gewährt, auch in der Privatindustrie obligatorisch werden müßte. (Lebhafte Beifall auf zahlreichen Banken.) Ministerpräsident Viviani beschwor den Senat, der gegenwärtigen Regierung zu gestatten, daß sie die wohlüberlegten Versprechungen erfülle, die die vier vorhergehenden Ministerien gemacht hätten. Der Minister machte sich anheißig, nachzuweisen, daß die Reform auf die Privatindustrie nicht so zurückwirken würde, wie der Berichterstatter es beabsichtige. Soziale Reformen könnten durch Gesetzentwürfe nur verwirklicht werden, wenn sie sich allmählich einbürgerten. Viviani bat zum Schluß, die Schwere der Verantwortlichkeit der Regierung nicht noch zu erhöhen. Darauf wurde die Generaldebatte geschlossen. Der Gesetzentwurf wurde mit 246 gegen 10 Stimmen angenommen.

#### Vom mexikanischen Kriegsschauplatz.

Rogales (Sonora, Mexiko), 8. Juli. In einer Botenschaft an Carranza berichtet General Obregon von einem bedeutenden Sieg der Insurgenten vor Guadaluajara. Nach einem mehr als 16stündigen Gefecht hätten sie die Wundestruppen vernichtet. Laredo (Texas), 8. Juli. Wie von authentischer Seite gemeldet wird, haben die Generale der Konstitutionalisten sich mit überwiegender Mehrheit dagegen ausgesprochen, der Aufforderung der Vermittler von Niagara Falls entsprechend mit Huerta zusammenzukommen, um eine provisorische Regierung einzurichten.

#### Ein österreichischer Offizier als russischer Spion.

Zemberg, 8. Juli. Wie aus Larnopol berichtet wird, wurde der Leutnant des 15. Infanterieregiments, Schmidt, in dem Moment verhaftet, als er bei einer Eisenbahnbrücke Vermessungen vornahm. Man nimmt an, daß er als Spion in russischen Diensten stand. Schmidt wollte seiner Verhaftung Widerstand entgegensetzen, indem er den Genarmen mit einem Revolver bedrohte. Dieser setzte Schmidt jedoch das Bajonett auf die Brust, worauf sich Leutnant Schmidt verhaften ließ.

#### Ein ungetreuer Notar.

Rufach (Elsas), 8. Juli. Der von hier gebürtige Notar Julius Hecht wurde heute mittag unter dem Verdacht, große Summen Geldes unterschlagen zu haben, verhaftet. Im Laufe des Nachmittags wurden die Bureaus des Notars durch die Staatsanwaltschaft geschlossen und die vorhandenen Bücher beschlagnahmt. Die Verhaftung des Notars Hecht, der in des Kolmarer Untersuchungsgefängnis eingeliefert wurde, erregt hier großes Aufsehen.

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.  
Köpenicker Viertel. Bez. 183 I.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Maurer  
**Fritz Kaiser**  
Faldensteinstraße 8, gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute  
Donnerstag, den 9. Juli, nachm.  
5 Uhr, von der Halle des Ost-  
Friedhofes in Ahrensfelde aus  
statt. 214/17  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Deutscher Bauarbeiter-Verband.**  
Zweigverein Berlin.  
Am 6. Juli starb unser Mit-  
glied, der Bauarbeiter  
**Heinrich Schulz**  
(Bezirk Osten II).  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 9. Juli, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Halle  
des Zentral-Friedhofes in  
Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Sektion der Putzer.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege  
**Friedrich Kaiser**  
(Bezirk Süd-Ost)  
am 5. Juli verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 9. Juli, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Halle  
des Zentral-Friedhofes in  
Ahrensfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
143/13 **Der Vorstand.**

Für die vielen Beweise herzlichster  
Teilnahme und Kranzpenden bei  
der Beerdigung meiner lieben Frau,  
unserer guten Mutter  
**Berta Falk**  
sagen wir offen, welche ihr die letzte  
Ehre erwiesen, unseren herzlichsten  
Dank.  
Johann Falk nebst Kindern,  
Golystr. 30.  
144N

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.  
14. Abt. Bezirk 691 a.  
Am Montag, den 6. Juli, ver-  
starb unser Genosse, der Tape-  
zierer 229/2  
**Artur Noa**  
Siedingstraße 7.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Frei-  
tag, den 10. Juli, nachmittags  
4 1/2 Uhr, auf dem Anstaltsfriedhof  
in Buch statt. — Die von hier aus  
Teilnehmenden fahren um 2.41 Uhr  
vom Bahnhof Gesundbrunnen.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
Neukölln.  
**Nachruf.**  
Am Sonntag, den 28. Juni,  
erkrankte im Stillsitzen unser Mit-  
glied  
**Karl Zick**  
Siegfriedstraße 30, 14. Bezirk.  
**Ehre seinem Andenken!**  
237/16 **Der Vorstand.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Former  
**Max Becker**  
Reinholdsdorf, Hausdörferstraße 59,  
am 7. d. Mts. an Lungenkrankheit  
gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 10. Juli, nachm.  
4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des  
Reinholdsdorfer Gemeinde-Fried-  
hofes, Humboldtstraße, aus statt.  
Rege Beteiligung wird erwartet.

**Nachruf.**  
Bermer starb unser Mitglied,  
der Schlosser  
**Johann Wertheim**  
Briker Str. 34  
am 2. Juli durch Ertrinken.  
**Ehre seinem Andenken!**  
121/16 **Die Ortsverwaltung.**

**Heines Werke**  
3 Bände 4 Mark  
Buchhandlung Vorwärts

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Tischler  
**Julius Gutsch**  
Kamintener Straße 51  
im Alter von 30 Jahren ge-  
storben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute  
Donnerstag, den 9. Juli, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Halle  
des Heilig-Streuz-Kirchhofes in  
Niederdorf aus statt.  
90/5 **Die Ortsverwaltung.**

**Verband der Sattler u. Porteleuller**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Den Kollegen hiermit zur Nach-  
richt, daß unser Mitglied, der  
Koffermacher  
**Max Gottschlich**  
verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute  
Donnerstag, den 9. Juli, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Neuföhner Gemeinde-  
friedhofes, Mariendorfer Weg,  
aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
157/2 **Die Ortsverwaltung.**

Hierdurch die traurige Nach-  
richt, daß meine liebe Frau,  
unsere gute Mutter  
**Mariha Gerecke**  
geb. Waschke  
nach kurzem, aber schwerem  
Leiden verstorben ist.  
Dies zeigen in großem  
Schmerz an  
**Heinrich Gerecke nebst Kindern.**  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 10. Juli, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Halle des  
Zentral-Friedhofes, Friedrichs-  
felde, aus statt.

**Dankagung.**  
Wir sagen hiermit allen Be-  
teiligten bei der Beerdigung unseres  
lieben Vaters, des Bauers 109N  
**Hermann Litsche**  
unseren besten Dank.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
**Reuters Werke**  
3 Bände 4 Mark  
Buchhandlung Vorwärts

**Deutscher Bauarbeiter-Verband.**  
Zweigverein Berlin.  
**Sektion der Steinholzleger u. Helfer**  
Heute Donnerstag, den 9. Juli, abends 8 1/2 Uhr:  
**Mitglieder-Verammlung**  
im Saal 3 des Gewerkschaftshauses, Engelfufer 15.  
Tagesordnung:  
1. Berichterstattung über die Verhandlungen mit den Unter-  
nehmern. 2. Vereinsangelegenheiten. 143/12\*  
**Die Sektionsleitung.**



**Angenehmer,  
weicher und elastischer Gang  
Keine Erschütterung • Keine Ermüdung  
Ungemein dauerhaft!**  
Verlangen Sie von Ihrem  
Schuhmacher ausdrücklich  
**Absätze Continental**

Der echte **Kapitän-Kautabak** ist nicht nur durch seinen feinen Geschmack allein so  
schnell beliebt geworden, sondern auch vom gesundheitlichen Standpunkt aus, denn jedes einzelne  
Stück des (10 Pf.-Rollen oder Bündel) wird sauber verpackt zum Verkauf gebracht. Dieweil gerade hier  
gesündigt wird, bedarf wohl keiner Erörterung. —  
Verkaufsstellen überall, einschl. d. d.  
General-Vertr. **C. Röcker, Berlin, Grünertweg 119. Tel.: Königl. 3861.**

Inserem Genossen 139N  
**Wilhelm Pötter nebst Frau**  
zur Silberhochzeit  
die herzlichsten Glückwünsche  
vom Bezirk 308 Teil I.  
Inserem Genossen, dem  
Abteilungsleiter  
**Adolf Wacker**, nebst der  
Genossin **Anna Urauh**  
die herzlichsten Glückwünsche  
zur heutigen Vermählung.  
Die Funktionäre der 12. Abt.  
6. Kreis. 123N

**Miet-  
Pianos  
6  
Mark**  
pro Monat an unter Anrechnung  
der Miete bei späterem Kauf II.  
Vereinbarung.  
Bei Barzahlung höchsten Rabatt.  
Bei Teilzahlung kleinste Raten  
ohne jede Anzahlung.  
**Pianohaus  
Krause,**  
Ansbacher Str. 1,  
Ecke Kurfürstenstraße.

**Theater und Vergnügungen**

Donnerstag, den 9. Juli 1914.  
Anfang 4 1/2 Uhr.  
**Voigt-Theater.** Durch fremde Schuld.  
Anfang 5 Uhr.  
**Passage-Theater.** Kimo-Varieté.  
**Potsdamer Naturtheater.** Mit-  
Potsdam.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Westen.** Die Balläre.  
Anfang 7 3/4 Uhr.  
**Metropol.** Die Reise um die Erde  
in 40 Tagen.  
Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Zum Hochfirt der Jungfrau.  
**Theater an der Weidendammer  
Brücke.** Der milde Theodor.  
**Schiller O.** Lammhäuser.  
**Berliner.** Wie einst im Mai.  
**Königgräber Straße.** Dr. Bu.  
**Thalia.** Wenn der Frühling kommt.  
**Kosie.** Der Silberkönig.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Palast-Theater.** Varieté und Licht-  
spiele.  
**Berliner Prater-Theater.** Strigi.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Kleines.** Der Kieds.  
**Theater am Nollendorfplatz.**  
Der Juxbaron.  
**Lustspielhaus.** Die spanische Fliege.  
**Luisen.** Die Alimodens.  
**Walhalla.** Der Hund von Baster-  
ville.  
**Folies Caprice.** Amordragoner.  
Bei Napoleons.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Residenz.** Die verfluchte Liebe.  
**Admiralspalast.** Am Tangoklub.  
**Eines Nollendorf-Theater.**  
Das Mirakel.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 57—62  
**Theater in der Königgrätzer Straße**  
Täglich 8 Uhr:  
**Mr. Wu.**  
**Berliner Theater.**  
Zum 276. Male. 8 Uhr:  
Wie einst im Mai.  
**Theater am Nollendorfplatz 5.**  
8 1/2 Uhr:  
**Der Juxbaron.**

**Sachse-Oper.**  
**Schiller-Theater O.** Theater.  
8 Uhr:  
**Tannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg.**  
**Theater des Westens.**  
Donnerstag, Freitag, 7 1/2 Uhr:  
**Walküre.**  
**Theater a. d. Weidendammerbrücke**  
Anf. 8 Uhr. Zum 125. Male:  
Der milde Theodor.  
Schauspiel mit Gesangsinszenen: „Ach,  
lieb dich so süchtlich.“ „Champagner-  
rausch.“ „Rufst du Harry Hauptmann.“  
**Friedrich-Wilhelmst. Th.**  
Freitag, 10. Juli, 8 1/2 Uhr:  
Zum 1. Male:  
Leutnantsliebechen.  
Operette in 3 Akten v. H. Sternberg

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
**Der Silberkönig.**  
Anfang 8 Uhr.  
Auf der Gartenbahn —  
Rund um die Pyree. Gr. Revue.  
Boyer Konzert. Spezialitäten.

**Voigt-Theater**  
Baderstraße 58.  
An jedem Donnerstag:  
**Gr. Kinderfest.**  
Durch fremde Schuld.  
Gänzlich neue Spezialitäten.  
Kasseneröffn. 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Der Dorfschulmeister.  
Gemaltbild v. Meydel.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag  
7 1/2 Uhr.  
Ab 16. Juli: Gast-  
spiel d. Dresdener  
Viktoria-Sänger.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkr.  
Sonntag, den 12. Juli 1914 im Schloß Weißensee:  
**Großes Sommer-Fest**  
Konzert □ Gesang □ Feuerwerk  
Mitwirkende:  
Gesangvereine des Arbeiter-Sängerbundes, Freie Turner, Arbeiter-Athleten-  
vereine und Arbeiter-Schwimmer sowie „The Great Friends Gymnastiker“  
Eintrittskarte 25 Pf. Anfang mittags 12 Uhr.  
In beiden Sälen: **TANZ** (Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach). 226/11\*  
Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet. Jedes Kind erhält 2 Bons; einen für eine  
Stoollaterne, der andere gilt zur einmaligen Benutzung der Schaukel oder des Karussells.  
Fahrverbindungen mit der Stadtbahn (Nordring) u. d. Straßenbahnlinien Nr. 59, 60, 61, 62, 63, 73 u. 10.

**Folies Caprice.**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Die Lebewässerin.**  
**Die Amordragoner.**  
**Das Bett Napoleons.**  
Ah — da stau' ich.

**Admiralspalast.**  
Eis-Arena.  
Berlins kühlfester Aufenthalt.  
Abends  
1/2 9 Uhr: „Im Tangoklub“  
und „Die lustige Puppe“.  
Bis 6 Uhr und ab 10 1/2 Uhr  
halbe Kassenpreise.

**Neue Welt**  
Arnold Scholz Hasenheide 108/114  
Heute Donnerstag, den 9. Juli 1914:  
**Elitetag!**  
**Konzert und Varieté-Vorstellung**  
verbunden mit  
**Großem Brillant-Feuerwerk**  
Außerdem:  
**Sturm auf Durazzo.**  
Anfang des Konzerts 5 Uhr. — Varieté 6 Uhr.  
**Im Neuen Saal: Großer Ball.**  
Voranzeige. Sonntag, den 12. Juli 1914:  
**Eröffnung:**  
**Kellerfest in Oberbayern.**

**WINTERGARTEN**  
Neues Programm!  
**Saharet**  
die australische Tanzdiva  
**Perzina Kaufmanns**  
**Pagagelen Veronacyle**  
Kabarett Truppe  
und eine Kette  
hervorragender Kunstkräfte!  
Entreplatz wochentags  
M. 0.60.  
— Rauchen gestattet! —

**Puhmanns Theater**  
Schönb. Allee 148. Kastanienallee 97/99  
Unter neuer Leitung  
der beliebten Direktion W. Herrmann.  
**Konzert, Theater, Spezialitäten.**  
Zum Schluss: Wo hast du dein  
Web' Web' den! Anfang 4 Uhr.  
**Berliner Uk-Trio**  
Adr. Neukölln Lahnstr. 74 L

**URANIA**  
Taubenstraße 48/49.  
8 Uhr:  
Zum Hochfirt der  
Jungfrau.

**ZOOLOG**  
ischer Garten  
Täglich  
**Gr. Militär-Konzert.**  
Eintrittspreise:  
Zoo 1 M., von 8 Uhr ab 50 Pf.  
Auar. 1 M. v. d. Str., 50 Pf. v. Zoo  
Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte.  
Neu! **AQUARIUM**  
9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

**Metropol-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Die Reise um die Erde  
in 40 Tagen.

**Passage-Panoptikum.**  
Lebend!  
Die letzten  
weiblichen  
**Azteken!**  
AGA  
die schwebende Jungfrau.  
Buddhas Geisterfabel.  
Alles ohne Extra-Entree!  
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

Die Entwicklung der Angestellten-schicht.

Die zwei Millionen Privatangestellten, die durch die jüngste Berufszählung im Deutschen Reich ermittelt worden sind, haben bei den letzten Wahlen sicher bereits in mehr als einem Kreise die Rolle des ausschlaggebenden Faktors gespielt und namentlich manches Stichwahlergebnis entscheidend beeinflusst. Durch ihr schnelles Wachstum steigert sich ihre politische Bedeutung von Jahr zu Jahr, und es ist daher wertvoll, zu wissen, in welchen Gruppen und in welchen Gebieten des Reiches sich die stärkste Vermehrung vollzieht. Das Wichtigste ist die Tatsache, daß die ziffernmäßige Führung in der Angestellten-schicht immer mehr an die Industriebeamten übergeht. 1895 stellten die Angestellten in Handel und Verkehr mit 561 000 Köpfen noch die bei weitem stärkste Gruppe, heute ist das bestimmt nicht mehr der Fall! Sieht man von den Angestellten in freien Berufen und von den bei 100 000 stehenden Beamten in der Land- und Forstwirtschaft ab, so haben sich in den zwölf Jahren vermehrt: die Ladenangestellten (Verkäufer) um 61 Proz., das Kontorpersonal in Handel und Verkehr um 93 Proz., die industrielle Beamtenschaft aber um 160 Proz. Die politische Bedeutung dieser Entwicklung zeigt sich noch deutlicher, wenn man die weiblichen Angestellten ausschließt. Dann ergibt sich folgendes Bild:

Table with 4 columns: Industry and Mining, Trade and Transport, Shop Assistants, Male Employees, Female Employees, Absolute, Percentage.

So gemessen, war das Verhältnis zwischen industriellen und kaufmännischen Angestellten 1895 noch 5 : 9, bei der letzten Zählung bereits 6 : 7, und heute sind die beiden Gruppen einander sicher schon gleich. Die Industriebeamten sind im Begriff, die Angestellten im Handel und Verkehr mit Riesenschritten zu überflügeln, und zwar ist diese Entwicklung keineswegs auf die eigentlichen Industriegebiete beschränkt, sondern die besteht, wie aus den neuesten Veröffentlichungen des Reichsarbeitsblattes hervorgeht, im wesentlichen in allen Teilen des Reiches. Während beispielsweise in Ostdeutschland 1895 die Zahl der im Handel und Verkehr beschäftigten Angestellten noch die der Industriebeamten um mehrere Tausende übertraf, hat nach der jüngsten Berufszählung selbst in diesem industriearmen Gebiet die industrielle Beamtenschaft eine solche Vermehrung erfahren, daß ihre Zahl die der Angestellten im Handel und Verkehr 1907 bereits um 30 000 überstieg. Verhältnismäßig und absolut ist damit Süddeutschland beträchtlich zurückgedrängt, während in einer Gruppe sogar Westdeutschland mit seiner ausgedehnten Industrie übertraffen worden ist: das industrielle Kontorpersonal hat sich in Süddeutschland um 144 Proz., in Westdeutschland um 189 Proz., in Ostdeutschland aber um 255 Prozent vermehrt!

Die Provinz Brandenburg hat mit 263 Proz. des 1895er Bestandes von allen Gebieten des Reiches das verhältnismäßig stärkste Wachstum der Industriebeamtenschaft zu verzeichnen. Danach folgen Bremen, Oldenburg, Hessen-Kassel, Hamburg und Rheinland (201 Proz.), die sämtlich mehr als eine Verdreifung der zuletzt ermittelten Zahl registrieren können. Ein verhältnismäßig sehr starkes Wachstum der Industriebeamtenschaft haben außerdem Schleswig-Holstein, Hessen, Westfalen und Hannover aufzuweisen, während es am schwächsten in den beiden Mecklenburg und Braunschweig-Anhalt gemessen ist. Immerhin ist auch in Braunschweig-Anhalt beinahe noch eine Verdoppelung der Industriebeamtenschaft in der Zeit von 1895 bis 1907 festzustellen. Die Folgen dieser Entwicklung für das politische Leben

sind nicht zu unterschätzen. Die letzten Jahre haben doch genugsam gezeigt, daß die Industriebeamten sich von den Handlungsgesellen in mehr als einer Hinsicht unterscheiden. Namentlich durch das entschieden gewerkschaftliche Auftreten ihrer Berufsvereine haben sie den Beweis erbracht, daß sie besser als das Gros der kaufmännischen Angestellten imstande sind, aus ihrer Klassenlage die richtigen Folgerungen zu ziehen. Dadurch haben sie radikalisiert auf die gesamte Angestelltenbewegung gewirkt, und es ist nur natürlich, daß dieser Prozeß auch mit manchem Wellenschlag in die politische Parteiarbeit hineingespielt hat. Vorläufig allerdings ist in dieser Beziehung noch alles im Fluß; aber gerade deshalb sollten unsere Organisationen eine wichtige Aufgabe darin sehen, diesen Dingen ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Berlin und Umgegend.

Aus dem Fleischer-gewerbe. Die Firma Hirschfeld u. Co., Weissensee, die ihre Gesellen wegen Zugehörigkeit zur Organisation entließ, ist nicht zu bewegen, eine friedliche Beilegung der Differenz herbeizuführen. Eine Kommission veruchte Verhandlungen anzubahnen; aber Herr Hirschfeld wies der Kommission schroffe die Tür. Den Kaufleuten gefällt es, wie es scheint, auch nicht so ganz. Verschiedene haben die Arbeit schon wieder aufgegeben, jedoch war Ertrag wieder da. Die Ausgescherten, die jahrelang in diesem Betrieb ihre Arbeitskraft und Gesundheit geopfert haben, sind alle taubstumm und atmen erleichtert auf, denn die frische Luft bekommt ihnen nach diesem jahrelangen unregelmäßigen Arbeiten sehr gut. Hoffen wollen wir, daß die Firma Hirschfeld bald einen anderen Standpunkt einnimmt und eine Regelung in dem Betrieb herbeiführt.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Arbeitswilligen, welche bei der Firma Hirschfeld arbeiten, bald wieder die Arbeit aufgeben. Deshalb ist Zugang streng fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Nachdruck gebitten. Die Tarifkommission.

Tariftampf im Friseur-gewerbe.

Die Zwangsinnung für Tempelhof und Umgegend hat jetzt auch einem Meister in Brühl mitgeteilt, daß er bei einer weiteren Bekanntgabe, daß er die Gehilfenforderungen bewilligt habe, 20 M. Strafe zahlen müsse. Diese Maßnahme ist auf das Vertreiben der Konkurrenten zurückzuführen. In Weissensee und Köpenick sowie Schöne-weide ist der Stand der Bewegung unverändert. Bisher haben 461 Arbeiter, die 465 Gehilfen beschäftigten, den Tarif anerkannt. Tariflich geregelt ist ferner Meyer, Bappellallee 20 und Bohm, Treptower Str. 15 in Neukölln. Wegen Tarifbruch für Verbandsmitglieder gesperrt sind: Wolf, Schleißerstraße 15, und Finz, Reußallee, Lessingstr. 11. Die Differenzen zwischen Pohl, Weiserstr. 161, und dem Verband sind zu beiderseitiger Zufriedenheit geregelt worden. Gültige Kontrollkarten müssen bis zum 2. Juli gestempelt sein. Verband der Friseurgehilfen.

Deutsches Reich.

Bauarbeiter-ausstand in Weiswasser und Muskau.

Über ganz Deutschland sind die Arbeitsverhältnisse der Bauarbeiter durch ihre Berufsorganisation geregelt. Nur in Weiswasser und Muskau müssen sich die Bauarbeiter die Anerkennung der Organisation und die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erst erkämpfen. Den schon seit einigen Wochen im Ausstand befindlichen Zimmerern haben sich am Montag auch die Maurer und Bauhilfsarbeiter angeschlossen, da alle gütlichen Versuche auf Anerkennung der Organisation an der Halsstarrigkeit der Unternehmer scheiterten. Dabei nehmen die Herren für sich als selbstverständlich in Anspruch, ihre Interessen durch ihre Unternehmerorganisation wahrzunehmen. — Zugang von Maurern, Bauhilfsarbeitern und Zimmerern ist streng fernzuhalten.

Eine nette Versicherung gegen Stellenlosigkeit.

Unter dieser Ueberschrift berichtet die „Handlungsgesellen-Zeitung“: Der Deutschnationale Handlungsgesellenverband berendet, wenn ein seiner Mitglieder Stellenlosenunterstützung beantragt, an den bisherigen Prinzipal dieses Mitglieds folgendes gedruckte Schreiben, von dem uns eins ausgefüllt und mit Unterschrift im Original vorliegt:

Sie stehen nicht mehr mit freier Brust vor ihrer Zeit, sie stehen vielmehr stramm, wenn der preußische Junker pfeift. Ihr Ideal ist daher auch ganz logisch der Reserveoffizier geworden, der die militärischen Akziden ins bürgerliche Leben überträgt. Haben zusammen vor jeder Respektsperson, sei sie menschlich auch noch so anrühlig, und schneidiger Kommandotro nach unten. In der Tat: Was sollen diese korrekten Streber, die auf zehn Schritte nach der Klaverei der Kaserne riechen, mit dem Schillertragen und der Tracht der Freiheit? Es ist ja im Grunde blamabel genug, daß jetzt sogar das temperamentsvolle Weisbold anfängt, vermöge des erotischen Instinkts den bürgerlichen Jammer zu empfinden. Man sollte meinen, daß diesem oder jenem doch über die eigene Würdelosigkeit die Nöte in die Wangen steigen müßte; aber wir glauben es nicht. Das Gefühl für Würde wird dem Menschen durch die preußische Kasernenluft genommen. Und das Erötten auch.

So viel Worte — soviel Mittelalter! In unserer Zeit, die die ersten Anzeichen eines Niederganges der gesamten seit 3000 Jahren geformten „Kultur“ aufweist, mehren sich Erscheinungen, die ein kritischer Geist nur mit Mühe überhaupt noch für möglich hält.

Es hat sich da jetzt eine neue politische Gruppe gebildet, ein „Jungkonservativer Reichsverband“. Ob es reaktionäre Gemüter gibt, die an der reichen Auswahl zwischen „deutschkonservativ“, „jungliberal“, „völkisch“, „national“, „freikonservativ“, „altnationalliberal“, „nationalliberal“ schlechweg und „gemäßigtliberal“, was es bekanntlich auch gibt, noch nicht genug haben und ob es überhaupt möglich ist, für diese neue Gruppe nach rechts und nach links noch spinnwebfeine Abgrenzungslinien zu finden — das mögen die, die es angeht, für sich ausmachen. Fassungslos aber steht man vor den Jellen, die das Programm dieses „jungkonservativen Reichsverbandes“ aussprechen: Die alldeutsche persönliche Mannentreu zum Fürsten, das ewigwährende biblische Christentum, die selbstlose Vaterlands-Liebe... Gibt es das denn noch? Gibt es noch Menschen, die offenbar nicht der leiseste Odem dessen gestreift hat, was die wertvollste, mühsam errungene Kraft des Geistes darstellt: des Zweifels? Die „Mannentreu“ gehört einer Menschheitsperiode vor vielen hundert Jahren an, das „biblische Christentum“ wird nur noch fälschlich am Leben erhalten und die „Vaterlands-Liebe“ unterliegt zum mindesten einer hundertfältigen Auslegung. „Selbstlosigkeit“ gibt es überhaupt nicht, das haben sogar schon die älteren „Philosophen“ erkannt — was viel sagen will. So viele Worte — soviel Mittelalter!

Aber es ist argzunehmen, daß die Verfasser dieses Programms — nicht aus tieferer Erkenntnis, wohl aber aus dem rein praktischen Verstande — die Sinnlosigkeit dieser Begriffe fühlen. Und dann sind die Worte — wie gewöhnlich — nichts anderes als Ledermittel für das leider noch immer allzu große Mädel der Nicht-Denkenden.

Der Flieger Vaganneux ist tödlich verunglückt. Er war einer der ersten, die sich in die Lüfte schwingen. Als 25jähriger begann er

Deutschnationaler Handlungsgesellenverband Hamburg, den . . . . . Herrn . . . . . Berlin. Herr . . . . . wünscht als Mitglied unseres Verbandes unsere Versicherung gegen Stellenlosigkeit in Anspruch zu nehmen.

Zur Prüfung seines Antrages und seiner Bezugsberechtigung ist es für uns nötig, zu wissen, an welchem Tage, warum und von welcher Seite die Kündigung erfolgte, welche Kündigungsfrist vereinbart war und ob dieselbe innegehalten worden ist. Sie würden uns durch eine im Interesse des genannten Mitgliedes erteilte Auskunft zu Dank verpflichtet.

Wir empfehlen uns Ihnen hochachtungsvoll Die Verwaltung für Versicherung gegen Stellenlosigkeit. (Unterschrift.)

Auf der Rückseite dieses Schreibens befindet sich folgender vom Geschäftsinhaber zu beantwortender Fragebogen:

- Name des Mitgliedes: Mitglieds-Nr.: Weßhalb verließ der Angefragte seine Stellung bei Ihnen? Von wann bis wann war der Angefragte bei Ihnen in Stellung? Welche Kündigungsfrist war vereinbart worden? Ist sie eingehalten worden? An welchem Tage erfolgte die Kündigung? (Bitte genau!) Wer kündigte, Sie oder der Angestellte? Besondere Bemerkungen:

Also der Deutschnationale Handlungsgesellenverband richtet sich nach den Angaben des Prinzipals, mit dem der Angestellte das Dienstverhältnis gelöst hat. Da wird die deutschnationale Verbandskasse manchen Taler Stellenlosenunterstützung nicht zu zahlen brauchen. Es ist den Antisemiten nicht genug, daß der Prinzipal in der Lage ist, durch geheime Auskünfte den Angestellten ein neues Engagement unmöglich zu machen. Nein, der Prinzipal darf auch über die Gewährung der Stellenlosenunterstützung ein entscheidendes Wort mitreden.

Streik der Fuhrleute und Kutscher in Köln.

Die Fuhrleute und Kutscher in den Expeditions- und Schwerverkehrsbetrieben in Köln sind wie die Chauffeure am Montag, den 6. Juli, wegen Lohnhöherforderungen in den Streik getreten. Insgesamt erstreckt sich der Streik auf 108 Betriebe mit 975 Beschäftigten. Aus den Reihen der „Christen“, die mit circa 200 Mitgliedern in Frage kommen, ist ein erheblicher Teil zu Streikbrechern geworden. Die Situation ist für die Streikenden günstig, da fast das gesamte Gewerbe durch den Streik in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Da die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Köln noch bedeutend hinter denen der Nachbarstädte zurückstehen und die Unternehmer trotz wiederholter Verhandlungen und Herausgehens der Forderungen durch die Arbeiter weitere Zugeständnisse strikte ablehnten, wurde der Streik fast einmütig beschlossen. Die Unternehmer versuchen, Arbeitswillige für Köln anzuzwerben. Die Arbeiter werden dringend ersucht, Zugang nach Köln unter allen Umständen fernzuhalten.

Der Verband der Deutschen Buchdrucker ist „sozialdemokratisch“.

Diese Tatsache stellt die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ (Prinzipalorgan) in ihrer Nummer vom 7. Juli in völlig einwandfreier Weise fest. Man höre: Am 29. Juni veranstaltete der Ortsverein des Verbandes deutscher Buchdrucker in Köln sein Johannisfest. Laut Anzeige im „Kölnener Stadtanzeiger“ waren die Karten dafür, außer bei der Geschäftsstelle des Verbandes, im Gewerkschaftshaus „sozialdemokratisch“ nennt es die „Zeitschrift“) und in dem Bureau der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung“ zu haben. Daraus schlußfolgert das Prinzipalorgan:

Bei der „Rheinischen Zeitung“ stehen laut dem Verzeichnis der Tarifanerkennungen vom 30. April 1914 nur 24 Gehilfen von insgesamt etwa 1300 Gehilfen in Groß-Köln. Warum waren die Karten nicht zum Beispiel auch bei Bachem, wo 161 Gehilfen, bei Du Mont, wo 297 Gehilfen, bei der Kölner Verlagsanstalt, wo 159 Gehilfen, oder bei Greven u. Westhoff, wo 61 Gehilfen beschäftigt sind, zu haben?

Diese Beweisführung ist durchaus schlüssig und läßt auch für den schlauesten Verbandstaktiker keine Rätsel offen, durch die er etwa hindurchzuschlüpfen und seine neutrale Unschuld zu retten vermöchte. Ob die Herren Bachem, Du Mont usw. den Vertrieb der

Kleines Feuilleton.

Das Regier-Du. Das Hamburger Schöffengericht hat die Klage des Duala-Regers Nakebe gegen den Abteilungschef Graf (von der Boormann-Linie) abgelehnt. Graf hatte „Du“ zu dem Regier gesagt, wodurch dieser, der beim Hamburger Kolonialinstitut als Sprachgehilfe angestellt ist, sich beleidigt fühlte. Die bürgerliche Presse findet das Urteil ganz in Ordnung. Ein Regier tangiert ja mit dem Vieh. Oder mit dem Gefinde. Oder mit dem deutschen Untertanen. Der deutsche Normaluntertan wird es überhaupt unbegreiflich finden, daß Nakebe sich beleidigt fühlt, wenn ein Mann, der abendrein Graf heißt, ihn duzt. Der deutsche Untertan fühlt sich doch noch geschmeichelt, wenn ein Monarch ihn duzt. So als vor Jahren bei der Hohenshurg-Feier der Kaiser einem angesehenen Herrn mit dem Kommandostab vor den Bauch stieß und den Betreffenden wegen seines Umfanges anseherte, wobei er ihn Du nannte. Auch die Generale haben ja wohl das Recht oder gar die Pflicht, jeden „Gemeinen“ zu duzen. Wie kann also ein Regier es wagen, sich beleidigt zu fühlen, wenn er geduzt wird. In Afrika gilt es als Regel, daß die Regier Du genannt werden. Durch das Du soll dem Regier Respekt vor der überlegenen Kultur der Weißen eingeflößt werden. Aber diese Kultur richtet sich ja eigentlich selber, gerade durch eine solche Methode. Der Dinkel des Weizens und die Geringhaltung des schwarzen Nittmenschen sind untrügliche Kulturmesser. Wie könnte es auch anders sein! Denn weshalb sollen die Schwarzen „Respekt“ haben? Weshalb soll die Autorität des Weizens vor ihnen aufgerichtet werden? Doch nur, damit die schwarze Kanaille von den weißen Herrenmenschen leichter ausgeplündert werden kann.

Die Lage des Schillertragens. In einer Hamburger Zeitung wird den modernen Herren von einem Fräulein Nadeleino vom Metropoltheater in Berlin eine Reihe von gesagten Wahrheiten gesagt, an denen wir unsere helle Freude gehabt haben. Schönheit ist Wahrheit, heißt es da. Aber die Männer lügen, wenn sie mit dem Schillertragen erscheinen — mit entblößter Brust und freiem Hals. Die Tracht mag Schiller und Nobespierre wohl angefallen haben. Sie standen wahrhaft mit freier Brust vor ihrer Zeit — sie ließen sich in Wahrheit Kopf und Gedanken nicht einengen. Sie waren freie Männer und durften mit Recht die Tracht der Freiheit zeigen. . . . Aber heute? Heute ist diese Gewandung ein Maskengewand. Eine Lüge. Die Männer sind nicht mehr so, wie sie im Schillertragen zu sein vorgeben. Sie sind nicht mehr frei, sie lassen sich einengen und einschnüren von tausend Nadeln von Vorurteilen, Anschauungen und anderen Dingen.

Fräulein Nadeleino hat leider nur allzu recht. Die bürgerliche Herrenwelt, an die sie hier allein gedacht haben kann, hat in der Tat alle Beziehungen zur Freiheit und damit auch zur Tracht der Freiheit verloren. Die Verschlebung im feudalen Zwang hat den bürgerlichen Männern jeden Rest von aufrechtem Stolz genommen.

im Jahre 1907, damals noch erfolglos. Erst 1908 gelang ihm der erste kleine Flug mit einem Herber-Doppeldecker. Dann ging er zum System Farman über. Seine Spezialität war der Höhenrekord. So oft ihn hier ein anderer übertraf, stellte er alsbald einen neuen Rekord auf, zuletzt mit einer Höhe von 6120 Metern. Vaganneux galt bei alledem als sehr vorsichtiger Flieger, und sein Todessturz bei einem Schleifenflug wäre demnach auf einen besonders unglücklichen Zufall zurückzuführen.

Notizen.

— Musikchronik. In der Sächse-Ober geht als nächste Neueinstudierung Freitag „Die Zauberflöte“ in Szene.

— Der Autornome des Architekten. Der Ausschuß der Berliner Architekten beschäftigte sich mit der Frage, ob ein Architekt oder Ingenieur, ebenso wie die Maler und Bildhauer, auf dem von ihm geschaffenen Bauwerk seinen Namen als Schöpfer und geistiger Urheber der Formensprache seines Werkes anbringen dürfe. Nach dem Beschluß des Ausschusses wird es für zulässig gehalten, daß der Architekt oder Ingenieur seinen Namen an Wänden andringt, die er entworfen und ausgeführt hat.

— Eine arktische Rettungsexpedition mit der Flugmaschine. Die russische Regierung rüstet gegenwärtig eine Expedition aus, die so schnell als möglich in die arktischen Regionen aufbrechen soll, um nach dem Schicksal der verschollenen Leutnants Russanow und Wrassilow zu forschen, die 1912 nach dem letzten Norden aufbrachen und von denen seitdem keine Kunde mehr eingetroffen ist. Die Rettungsexpedition, die der Kommandeur Oberst Rup leiten wird, nimmt einen Forman-„Zweidecker“ mit. Das Flugzeug hat die Aufgabe, die Eisfelder abzusuchen und außerdem die Verbindung der Rettungsmannschaft mit ihren Proviantstationen zu vermitteln.

— Die Pariser Große Oper geht bergab. Die Direktoren, deren Konzeption erst am 31. Dezember abläuft, wollen die Direktion schon vorher niederlegen, weil die Gehälter miserabel seien. Also erst Antoine und nun die Große Oper. Der Niedergang der Großen Oper datiert übrigens nicht von heute, sie hat sich überlebt.

— Seltsame Sonderzüge verkehren um diese Zeit in der Provinz Hannover von Hannover nach der Heide. Sie bringen die Bienschwärme aus der Großstadt nach der Heide hinaus, wo die guten Lagen für die Biensvölker herannahen. Die Heide liefert bekanntlich den besten Honig, und so haben sich die Imker der Stadt und ihrer Umgebung zusammengesetzt und lassen ihre Stöcke mit eigenen Bienschwärmen besetzen.

— 120 000 Mark für einen Knochen. Vor einem Pariser Gerichtshof beanpruchte in diesen Tagen der Herr Dr. Cuneo von dem Arzt Dr. Cunee einen Schabenertrag von 120 000 M., weil er ihm, gegen seinen Willen und die ausdrückliche Vereinbarung, den bei einem Sturze gedrohten obersten Fußwurzelknochen das Sprunggelenk entfernt hatte. Arbeiterknochen sind billiger.

Karten zum Johannisfest in ihren Bureaus geduldet haben würden, danach hat sich die „Zeitschrift“ gar nicht erst erkundigt. Für sie ist der Beweis der „sozialdemokratischen Tendenzen“ des Buchdruckerverbandes mit der besagten Tatsache erwiesen.

12. Generalversammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Stuttgart, 7. Juli 1914.

2. Verhandlungstag.

Der Bericht der Randabstufungskommission ergibt die Anwesenheit von 148 Delegierten, darunter 5 weiblichen. Außerdem sind mehrere ausländische Gäste anwesend; Belgien vertritt die Generalabstufungskommission.

Nach Erschöpfung der Debatte über die Berichte werden Anträge angenommen, die sich auf die Einberufung von Konferenzen und statistische Erhebungen beziehen. Es kommen dabei Margarinefabriken, Tapeten- und Kaolinwerke in Betracht. Das statistische Bureau soll ausgebaut werden, für die Funktionsversicherung wird das Obligatorium beschlossen; eine weitere noch angenommene Resolution fordert, daß die „Gleichheit“ mehr als bisher gewerkschaftlichen Interessen dienen soll.

In geschlossener Sitzung verhandelt die Generalversammlung sodann über:

„Die Fähring von Lohnbewegungen und Streiks.“

Stille-Hannover erörtert die wirtschaftlichen, technischen und produktionssteigernden Veränderungen, weiter die Unternehmerorganisationen und ihre Taktik, um anschließend daran die sich ergebenden taktischen Maßnahmen bei Lohnbewegungen darzulegen. Streiks, Aussperrungen, Boykotts, Tarifverträge sog der Referent dabei in den Kreis seiner Darlegungen. Der Vorstand habe bei seinem taktischen Verhalten den veränderten Verhältnissen Rechnung getragen und dabei gute Erfolge erzielt. Zu einer Veränderung seiner bisherigen Taktik liege kein Anlaß vor. Man siehe nicht auf dem Standpunkt: Tarifverträge um jeden Preis. Ein Teil der Verträge sei nach ihrem Ablauf nicht wieder erneuert worden. In der Debatte kamen grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten nicht zum Ausdruck. Teilweise beschäftigte man sich mit den Arbeitsverhältnissen in Genossenschaftsbetrieben.

Zu dem Punkt liegen verschiedene Anträge vor, die den Gausleitern ein größeres Recht bei Streiks einräumen soll. Darüber wird erst bei Erledigung der Statutenberatung abgestimmt. Damit waren die heutigen Verhandlungen beendet.

6. Verbandstag der Buch- und Stein-druckereihilfsarbeiter.

Leipzig, 7. Juli 1914.

Die Aussprache über den Berliner Konflikt, die in geschlossener Sitzung geführt wurde, nahm nicht nur den ersten Verhandlungstag, sondern auch noch den ganzen heutigen Tag in Anspruch. Mit den Differenzen zwischen dem Hauptvorstand und der Berliner Ortsverwaltung mußte sich schon ein außerordentlicher Verbandstag im Februar 1912 beschäftigen, da sie den damaligen Tarifkampf, den der Verband zu führen hatte, ungemein erschwerten. Es handelte sich hierbei um Meinungsverschiedenheiten über den Abschluß des neuen Tarifes. Wegen des vom Hauptvorstande sanctionierten neuen Tarifs liefen die Berliner Sturm. Die Delegierten des genannten Verbandstages hielten aber das Verhalten des Vorstandes gut und kamen durch die Verhandlungen zu der Auffassung, daß ein irrtümliches Zusammenarbeiten zwischen Hauptvorstand und der feinerzeitigen Berliner Ortsverwaltung nicht möglich sei; besonders nicht mit dem Ortsbeamten August Moritz.

Da in Konsequenz dieser Entscheidung der Vorsitzende der Berliner Verwaltung Moritz nicht von seinem Posten zurücktrat, schritt der Hauptvorstand zur Amtsenthebung, wozu sich dieser auch als durch andere schwere Konfliktsfälle für berechtigt, ja verpflichtet hielt. Die Berliner Mitgliedschaft stellte sich aber hinter ihren Beamten, bekundete ihm ihr Vertrauen und gab ihm ein Mandat auf diesjährigen Verbandstag. Hierin erklärte der Hauptvorstand einen Affront und es kam nun zu der zweiseitigen Aussprache, die zum Teil recht heftig geführt wurde. Sie fand ihren Abschluß in der Erklärung der Vorsitzenden Thiede, daß mit der Aussprache die ganze Angelegenheit nunmehr als erledigt anzusehen sei und sich wieder alle zu einem erspriehlichen Zusammenwirken finden mögen. Der Verbandstag stimmte stillschweigend zu und sah keinen Beschluß.

Aus Industrie und Handel.

Der Terrorismus in den Konventionen.

Von Anfang an haben die Kartelle und Konventionen in der kapitalistischen Produktionsweise gegen ihre Mitglieder und vor allen Dingen gegen die Aushenkeiter ihrer Bestrebungen mit Gewalt und Schrecken ihr Regiment geföhrt. Es ist ein billiges Vergnügen, sich darüber moralisch zu entlesten. Der Kapitalismus, der überall nur nach der Höhe des Profits seine Maßregeln bestimmt, hat nur in den Kartellen und ähnlichen Organisationen besonders starke und einschneidende Mittel, seinen rücksichtslosen Willen durchzusetzen. Daß er es auf anderen Gebieten, wenn auch nicht immer so offen und klar, mit der gleichen Gewalt tut, wissen gerade Arbeiter am besten. Sie lehnen es deshalb auch ab, in die moralischen Lamentationen der bürgerlichen Handelspeesse einzustimmen, wenn in irgend einer Konvention, in irgend einem Syndikat oder in einem ähnlichen Gebilde der Terror und die brutale Gewalt die sogenannte gewerbliche Freiheit spielend über den Haufen rennen.

Das „Berliner Tageblatt“ gefiel sich in den letzten Tagen wieder in derartiger sittlicher Entrüstung. Zunächst empörte es sich über den Verband der Blumen- und Plätterfabrikanten und die Vereinigung der Blumen- und Federindustriellen in Berlin, die beide einen Kartellvertrag geschlossen haben. Es hatte sich da folgender Fall abgespielt: Eine Firma, die ihre Mitgliedschaft bei diesen Verbänden gekündigt hatte, wurde mit einer Reihe von anderen Firmen, die ähnlich verfahren hatten, auf die Ostberliner geföhrt, das heißt: die Angehörigen der genannten Fabrikantenverbände dürfen nach dem 1. Januar 1915 keine Geschäfte mit diesen Firmen machen. Die Mitglieder der beiden Konventionen dürfen aber auch jetzt nicht mehr solche Geschäfte mit den gesperrten Firmen abschließen, die über den 1. Januar 1915 hinauslaufen. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet über die sauberen kapitalistischen Gewaltmaßregeln dieser Verbände weiter: Die Leitung des Verbandes der Blumen- und Plätterfabrikanten beschränkt sich jedoch nicht darauf, den Mitgliedern, die von ihrem Rechte der Kündigung Gebrauch gemacht haben, das Geschäft zu unterbinden, sondern sie übt auf alle anderen Mitglieder eine Art Gewissenszwang aus, denn nach einem uns vorliegenden Protokoll der dritten außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes der Blumen- und Plätterfabrikanten wurde folgender Beschluß geföhrt:

„Bei 1000 M. Konventionalstrafe für jeden einzelnen Fall und bei Stellung unter das Schiedsgericht ist es den Mitgliedern untersagt, Ostberlin gegenüber zu erklären, daß sie in innerer Gegnerschaft zu dem Verbände ständen, und daß sie sich der Nichtbelieferung der Ostberlin nur fügen, weil sie einem Zwange unterständen. In derselben Versammlung, in der der vorstehende Beschluß geföhrt wurde, fragte die Verbandsleitung die Mitglieder, wer mit einer Nachzeitung, die den Vorstand mit einer Klage bedrohte, in Verbindung gestanden, und ihr Informationen gebracht habe. Niemand wagte es, sich zu melden, und der Vorstand konnte feststellen, daß „innerhalb der Fabrikantenkreise niemals Gegnerschaft gegen den Verband bestanden habe.“ Wie der Vorstand des Verbandes auf der einen Seite in rigoroser Weise danach strebt, nach außen hin den Anschein zu erwecken, als ob die Mitglieder mit allen Maßnahmen der Leitung völlig einverstanden sind, so erläßt er andererseits innerhalb des Verbandes draconische Gesetze. Jede

freie Entscheidung der Mitglieder wird unterzogen. Selbst die geringste Differenz zwischen der Fabrikanten und der Mitgliedschaft (die zum größten Teil Mitglieder der Vereinigung der Blumen- und Federindustriellen sind) dürfen nicht ohne Beihilfe des Vorstandes geregelt werden.“

Auf derselben Seite seines Abendblattes vom Dienstag muß das „Berliner Tageblatt“ berichten, daß das Reichsgericht am Montag erneut die Zulässigkeit solcher terroristischen Sperren anerkannt hat. Es handelt sich in dem neuen Urteil des Reichsgerichts (VI. 208. 14.) um einen Fall, durch den ein Großhändler von den Abnehmern durch Beschluß einer Gastwirtschafts-Konvention „gesperrt“ wurde, weil er als Aushenkeiter sich den Konventionsbedingungen (unter anderem Minimalpreis für Bier) nicht fügen wollte. Der von der Sperre Betroffene Generetreibende hatte auf Rücknahme der Maßregel geklagt; das Landgericht (Hamburg) hatte auch entsprechend erkannt. Das Oberlandesgericht aber und das Reichsgericht haben die Klage abgewiesen. Beide Instanzen sind davon ausgegangen, daß die von Gewerbetreibenden über einen Verursachter verhängte (Dieseranten- oder Abnehmer-) Sperre nur dann gegen die guten Sitten verstöße, also unzulässig sei, wenn die Existenzgrundlage des Betroffenen bedroht sei, und sein wirtschaftlicher Ruin durch die Sperre herbeigeföhrt werde. Die durch die Sperre verursachte Schädigung müsse im allgemeinen der Betroffene eben tragen, denn die nicht auf persönlicher Geschäftigkeit, auf Recht oder ähnlichen Motiven, sondern auf an sich erlaubten Abmachungen beruhende Maßregel verstöße für sich allein noch nicht gegen das Gesetz.

Man erhebt aus diesem Urteil, wie der höchste Gerichtshof des Deutschen Reiches sich in seiner Rechtsprechung durchaus der wirtschaftlichen Entwicklung anschließt. Eine Wirtschaftsordnung, die auf brutaler Macht und Gewalt des Geldes beruht, muß naturgemäß diese Erscheinungen auch in ihren Rechtsnormen zum Ausdruck bringen; das ist eine alte sozialistische Erkenntnis, die nur den liberalen Gelehrten noch immer ein Buch mit sieben Siegeln bleibt. Wir haben in der letzten Zeit an einer besonders großen Anzahl von Beispielen aus der Wirtschaftspolitik der Kartelle und Syndikate, ebenso aber auch aus der Politik der Handwerkerinnungen diesen kapitalistischen Terrorismus vielfältig aufgeföhrt; denn diese Beispiele sind zugleich eine gute Waffe für die Organisationen der Arbeiterklasse, wenn ihnen in ihrem notwendigen Kampf um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen von den Unternehmern zur Abwehr energische Mittel aufgezeigt werden. Wenn sich in solchen Fällen die von den Unternehmern ausgehaltenen Vorkamern über diese Abwehrmaßnahmen der Arbeiterorganisationen entlesten, ist es gut, ihnen diese Fälle von Beispielen eines wirklichen wirtschaftlichen Terrorismus entgegenzusetzen.

Soziales.

Lohn für Feiertage.

Ein in einer Buchdruckerei beschäftigter Buchbinder untersteht dem Buchdruckerlohn. So hat gestern die Kammer 7 des Verwaltungsgerichts entschieden. Dem Streit lag folgender Sachverhalt zugrunde: Der Kläger war Buchbinder bei der Firma Röhm. Er wollte den 3. Pfingstfeiertag beurlaubt sein. Der Urlaub wurde ihm verweigert. Dennoch blieb er zur Arbeit fern. Ihm wurde gekündigt und bei seinem Abgange der tarifliche Lohn für den 2. Feiertag vorenthalten. Auf diesen Betrag lautete der Klagenanspruch. Der Beklagte vertrat die Ansicht, daß er zur Zahlung nicht verpflichtet sei, wenn der Arbeiter am 3. Feiertag fehlt.

Das Gericht stellte sich auf den gleichen Standpunkt und legte dabei die entsprechende Bestimmung des Buchdruckerlohnzuges, in diesem Falle maßgebend sei.

Lebenslängliche Anstellung einer Kontoristin.

Die Klägerin B. war von einem Bürgermeister M. in Hüttenlohe als Vorsteherin der Teutoburgerwald-Eisenbahngesellschaft als Bureauvorsteherin und Sekretärin angestellt worden. Die Anstellung erfolgte durch Vertrag vom 13. September 1910 „auf Lebenszeit mit dreimonatiger Kündigung“. Im Januar 1911 hat die Klägerin um Mitteilung darüber, in welchen Fällen die dreimonatige Kündigung die lebenslängliche Anstellung aufheben sollte. Daraus erwiderte die Gesellschaft, daß die Kündigung nur bei der Verschuldung der Klägerin, bei Verantlichung der Bahn und bei einer Verletzung der Klägerin, die ein Einschreiten auf Grund der Disziplinarverfassung für Staats- und Gemeindebeamte erforderlich mache, möglich sein sollte. Im Jahre 1912 ging die Geschäftsleitung in andere Hände über. Beschlossen wurde nun, die Verwaltung der Bahn nach Berlin zu verlegen. Hier wurde die Klägerin in einem größeren Bureau beschäftigt und zwei anderen weiblichen Angestellten untergeordnet. Die Klägerin hat dann Klage auf Feststellung erhoben, daß sie lebenslänglich angestellt sei, daß ein Grund zur Kündigung nicht vorliegt, daß sie aber nicht verpflichtet sei, unter den in Berlin gegebenen Verhältnissen zu arbeiten. Die beklagte Gesellschaft hat in einer Widerklage Feststellung darüber beantragt, daß die Klägerin nicht lebenslänglich angestellt worden ist.

Sämtliche Instanzen — das Reichsgericht am Dienstag — haben der Klage stattgegeben und die Widerklage abgewiesen. In den Gründen des Oberlandesgerichts kommt heißt es: Die Klägerin ist auf Lebenszeit angestellt worden unter der Bedingung, daß die Kündigung nur beim Vorliegen eines der drei vertraglichen Gründe möglich sein sollte. Die Verlegung der Verwaltung nach Berlin ist für die Bahn kein vertraglicher Kündigungsgrund. Die Klägerin nahm in Hüttenlohe eine ganz andere Stellung ein als in Berlin, wo sie sich anderen Damen unterordnet und die gewöhnliche Stellung einer Kontoristin bekleiden soll. Arbeiten, die sie früher einem ihr untergebenen Gehilfen übertragen durfte, muß sie in Berlin selbst ausführen. Es hat die Klägerin bei Abschluß des Vertrages nicht damit rechnen können, daß die Verwaltung einmal so weit von der Bahn entfernt verlegt werden würde. Aus allen diesen Gründen kann nicht angenommen werden, daß die Klägerin verpflichtet ist, die Stellung in Berlin zu bekleiden. Nach alledem steht der Verpflichtung der Beklagten zur weiteren Beschäftigung der Klägerin unabänderlich fest, ohne daß die Klägerin die Pflicht hat, die Berliner Stellung zu bekleiden.

30 M. Gehalt und 700 M. „Trinkgeld“.

Ein recht eindeutiges Angebot für Schauspielerinnen machte der Direktor des „Palais de Danse“ in Hannover. Er suchte durch ein Inserat Schauspielerinnen, die zur Qualifizierung für sein Unternehmen nur Jugend und Schönheit mitzubringen brauchten. Talent war sozusagen Nebensache.

Da die beiden Attribute viele beschäftigungslose Schauspielerinnen zu haben glaubten, so meldete sich auf das Inserat eine große Anzahl von Vertreterinnen des weiblichen Geschlechts. Ihnen allen ging dann ein gleichlautendes Schreiben zu, in welchem die Direktion mitteilt, daß sie „junge, hübsche, gebildete Damen mit heiterem Gemüt“ als Gesellschaftsdamen für ihr Ballhaus zu engagieren sucht. Die Damen müssen Unterhaltungsgabe besitzen, sowie über gute Umgangsformen und schide Toiletten verfügen. Die Dienzeit sei von 10 Uhr abends bis 3 Uhr nachts. Die „Gage“ betrage 30 M. monatlich und freies Abendrot, dazu kämen aber noch die „Trinkgelder“, die sehr üppig seien. „Nach unseren Erfahrungen“, so heißt es in dem Werbeschreiben wörtlich, „erhalten bei uns die Damen monatlich bis zu 700 M. Trinkgelder.“

Wenigere Schauspielerinnen, die dieses „verlockende“ Angebot erzielten, übergeben das Schreiben der Ballhausdirektion dem Präsidium der Deutschen Bühnengenossenschaft. Dies setzte sich schleunigst mit der Polizeidirektion in Hannover in Verbindung. Diese ließ auch dem unternehmungslustigen Direktor eine dringende Bermanung zuteil werden. Fürs erste werden also wohl „gebildete Damen mit guten Umgangsformen und schiden Toiletten“ vor ähnlich glänzenden Trinkgeldangeboten bewahrt werden.

Ein Hund, ein Rechtsanwalt und ein Gendarm. Wem gehört der Hund? Wer muß für des Hundes Frevel Buße tun?

Am 21. September v. J. spazierte der Rechtsanwalt Ubbelohde mit einer Frau R. und deren Hund im Grunewald. Der Gendarmmeriemachmeister fragte, ob der Hund den Herrschaften gehöre. Ja, erwiderte der Anwalt. Der Gendarm wies darauf hin, daß Maulkorbzwang besthe. Der Anwalt erklärte, das habe er nicht gewußt, er sei betreift gewesen, legte dem Hund den Maulkorb um und führte ihn an der Leine. Der Gendarm befragte dann den Anwalt nach seinen Personalien. Bald darauf erhielt der Anwalt eine Strafverfügung über 3 M. Er beantragte gerichtliche Entscheidung und wurde freigesprochen, da er den Hund weder befehlen noch zur Aufsicht erhalten hatte.

Doch Strafe muß sein. Die Staatsanwaltschaft erhob nun Anklage wegen Begünstigung des von Frau R. begangenen Vergehens gegen das Viehschutzgesetz. Das Landgericht Berlin III verurteilte den Angeklagten auf 15 M. Geldstrafe, da er durch die Beantwortung der Frage des Gendarmen der Sündlerin, Frau R., wesentlich Beistand geleistet hat, um sie der Strafe zu entziehen. Der Anwalt legte Revision ein. Der Reichsanwalt erklärte am Dienstag die Revision für begründet. Das Reichsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Rechtskräftig wurde es in der Begründung bezeichnet, daß in der Beantwortung der Frage des Gendarmen allein die dem Angeklagten zur Last gelegte Begünstigung erblickt worden ist.

Der Knabe Franz fing an, ihr fürchterlich zu werden.

Aus dem polnischen Kriegsschauplatz wird uns wieder einmal eine jener Durcheinander gemeldet, deren unfreiwillige Feldin die Regierung ist.

Lebt da bei Schneidemühl ein Bürger Kujowski. Ihm hatte vor rund 50 Jahren sein Vater den Vornamen Franzjosef gegeben. Dieser Name war auch in lateinischer Schrift ins Kirchenbuch eingetragen und von seinem Inhaber sein Leben lang ehrbar geführt und geführt. Das behagte aber einem Galatisten nicht. Galatisten nennt man die Mitglieder und Befürworter des „Vereins zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken“ nach den Anfangsbuchstaben der Vereinsgründer Pansmann, Kammann und Ledemann. Die Galatisten gehen bekanntlich auf Umsturz alles dessen aus, was in den Ostmarken polnisch klingt und was der Vermehrung des Profits aus Grundbesitz den Deutschen entgegen stehen könnte. Ihnen ist es gelungen, die preußische Regierung und den Landtag zur Vergabe von Hunderten von Millionen unter der Flagge der Bekämpfung des polnischen Einflusses zu bewegen und Ausnahmegesetze selbst gegen das Eigentum — Rotabene, wenn es Polen gehört — zu veranlassen. Neben diesem schweren mit Mißerfolgen auf Mißerfolgen gekrönten Kampf zählen massenhafte Kleinere Akte gegen Rechte der polnisch sprechenden Bevölkerung zur Lebensaufgabe der Galatisten. Dazu gehört insbesondere der Kampf gegen das Recht der Polen zur Führung des Namens, der mit ihnen geboren. „Franzjosef“ — der Name muß weg, der deutsche Name „Franz“ gehört an seine Stelle. Kujowski soll Franz heißen, so ist mein Wille, mein Befehl. Franzjosef ist öffentlich genannt, eine Auflehnung gegen den Willen der königlich preussischen Regierungsweltlichkeit, denn eine Verordnung des Oberpräsidenten der Provinz Polen vom 8. Dezember 1912 bestimmt: Alle Führer, welche nicht ausschließlich der Beförderung von Personen dienen, müssen, sofern sie auf öffentlichen Wegen benutzt werden, auf einer angebrachten Tafel den Vor- und Nachnamen des Besitzers, sowie den Ortsnamen in amtlicher Schreibweise tragen. Franzjosef Kujowski schreibt dennoch seinen ehelichen Namen auf die Tafel seines Wagens. Der mit einer Anklage!

Und die Anklage kam. Das Landgericht Schneidemühl sprach frei. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein. Bei der Vertretung der Revision wurde es der Oberstaatsanwaltschaft, die bislang mutig den Kampf gegen weißrote Schleifen, Schöpfe, Büfemadeln und dergleichen mitgemacht hatte, grausig. Diese Verleppung des Unrechts zum symbolischen Recht konnte ihr nicht behagen. Der Galatisten-Franz fing an, ihr fürchterlich zu werden. Kurz entschlossen beantragte er Zurückweisung der Revision: es gebe kein Gesetz, das einem Vater verbiete, seinen Sohn Franzjosef zu nennen.

Das Kammergericht verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft. Es führte kurz aus, daß der Angeklagte vom Vater seinerzeit den Namen Franzjosef erhalten habe und daß nicht einzusehen sei, weshalb er, wenn er so heiße, sich nicht so nennen solle.

Sehr richtig und sehr einleuchtend. Weshalb gestattet das Gesetz gegen Freisprechungen die Einlegung einer Revision seitens der Staatsanwaltschaft und läßt es nicht wenigstens zu, in den Fällen, in denen die Staatsanwaltschaft unterliegt, die Kosten den Staatsanwälten, Polizisten und Galatisten persönlich aufzubrummen? So müssen die Steuerzahler auch diese Kosten zahlen.

Ein Lehrer als Sittlichkeitsverbrecher.

Ein gefährlicher Jugendzieher mußte sich gestern in der Person des erst 23jährigen Gemeindefullehrers Otto Paul Vock vor dem Strafrichter verantworten. Wegen Verbrechens gegen den § 174 St.-G.-B. hatte die 1. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorbehalt des Landgerichtsdirektors Vater gegen V. zu verhandeln.

Wie die unter Ausschluß der Öffentlichkeit geföhrt Beweisnahme ergab, war V. in dem Dörfchen Verge bei Rauen als Gemeindefullehrer angestellt gewesen. Schon seit längerer Zeit munkelte man im Dorfe, daß der junge Lehrer etwas auffällig gärtlich zu den ihm unterstellten Schulmädchen sei. Die insgeheim angestellten Ermittlungen ergaben, daß der Angeklagte am Schluß des Unterrichts immer ein Schulmädchen mit irgend einem Auftrage des Nachmittags zu sich in die Wohnung bestellte und sich dann an dem Kinde verging. Zu den Mädchen, an denen sich V. vergangen hatte, gehörte u. a. die 10jährige Tochter des zuständigen Gendarmmeriemachmeisters. — Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 1½ Jahren, während R. A. Dr. Heß als Verteidiger des Angeklagten auf das Quäntchen des Gerichtsarztes Dr. Marx hinwies, der den Angeklagten als einen in sexueller Hinsicht etwas entarteten und daher widerstandsfähigen Menschen bezeichnet hatte. Das Urteil lautete auf 9 Monate Gefängnis.

Einbrüche in Berliner Gemeindefchulen.

hatte der Lithograph Erich Höffler verübt, gegen den gestern die 7. Strafkammer des Landgerichts I eine Anklage wegen wiederholten schwerer Diebstahls zu verhandeln hatte. Der schon wegen Diebstahls verurteilte Angeklagte rechnete mit der Tatsache, daß sich in den Räumen der gewöhnlich nur durch den Schuldiener bewachten Berliner Gemeindefchulen alle möglichen Gegenstände befinden, die sich leicht zu Gelde machen lassen. Er ging durch die freizugänglichen Türen auf die einzelnen Schulgrundstücke und fragte, wenn er zufällig auf den Schuldiener stieß nach irgendeinem Lehrer. Gelangte er in die Schulgebäude selbst, so eroberte er hier die Zimmer der Lehrer bzw. die dort stehenden Schränke und eignete sich die für den Gesangunterricht benutzten Geigen, wie auch andere Gegenstände an. Unter den gestohlenen Geigen befanden sich Instrumente im Werte von mehreren hundert Mark. Das Gericht verurteilte den Angeklagten mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit derartiger Diebstahle zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis.

Parteiangelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Folgende Lokale stehen uns zu allen Veranstaltungen zur Verfügung:

In Karlshorst N.-B. das Lokal zur Künstler-Kaufe, Treptow-Allee 50.

In Biesenthal O.-B. das Lokal Restaurant Seefischhof.

In Charlottenburg T.-B. das Restaurant zum Kuhbaum, Joh. Hans Knüller, am Verbindungskanal 12

Der Paradiesgarten, Tegler Weg 63, hat den Besitzer gewechselt. Der neue Inhaber Kätsch, stellt dasselbe wie bisher zur Verfügung.

Die Lokalkommission.

Treptow-Baumschulweg. Morgen Freitag, abends von 7 Uhr an: wichtige Flugblattverteilung in allen Bezirken.

Wannsee. Sonnabend, den 11. Juli, abends 1/2 9 Uhr, im „Fürstentum“ (Gille): Versammlung des Wahlvereins.

Röntgenial-Bepernia-Buch. Heute abend 8 1/2 Uhr findet für Röntgenial und Bepernia der Zahlabend im Lokal von August Lange, Siemensstr. 10, statt. Wegen Vornahme der Urabstimmung ist das Erscheinen aller Genossen notwendig.

Für Buch findet der Zahlabend am Sonnabend, den 11. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Piotrowski, Wagnhoffstr. 6, statt.

Berliner Nachrichten.

Morgens im Park.

Wer kennt den Hochgenuß, schon früh um Fünfe oder noch eher, wenn der größte Teil alles Lebenden in der Weltstadt in tiefem Schlafe liegt, würzige Parkluft in die Lungen zu atmen? Ein paar hundert Leidende sind's, die energisch auch dies versuchen, um Heilung zu finden, auch ein paar hundert halbwegs Gesunde, die den hygienischen Wert des Morgenpaziergangs erkannt haben. Im Geschwindschritt eilen wohl noch einige Tausende durch die Parks, aber das sind nur verprengte Kolonnen der Arbeiterbataillone, die mit dem Mordenschlage Sechs auf der Walfahrt des Erwerbes sein müssen und im Vorübergehen die Lunge voll Parkozon in die muffige Werkstube mitnehmen.

Und doch — wie entzückend ist der Sommermorgen! Die Glücklichen, die weit in den Vororten wohnen, vielleicht einen halb- oder einständigen Weg durch herrlichen Wald machen müssen, um zu ihrer Berufsarbeit zu gelangen, wissen es zu würdigen. Steht man es nicht förmlich, wie die Waldgräser sich aufrichten, die blattschweren Zweige sich erste Kraft holen von der blüzelnden Morgensonne, wie die Blütenkelche sich öffnen und wunderfamen Duft entfenden? Im Halbschlummer träumt noch der Waldsee, aber die Vogelwelt ist schon wach und jubiliert, als wäre die Erde, die so viel des Leidens birgt, ein einziges Paradies. Da weitet sich die Brust und der Blick des frühwandelnden Menschen. Hoffnungsglück zieht mit all der Naturpracht in sein Herz, stärkt ihn zur Arbeit, mag sie auch gar so schwer sein um fargen Lohn und die Hoffnung auf volles Menschenglück wieder wie Seifenblasen zerplattern lassen.

An die Kette der Arbeit und der Zeit geschmiedete Großstadtmenschen haben in der Morgenfrühe keinen Wald. Sie müssen dortselbst nehmen mit den großen Parkanlagen. Sind sie nicht auch schön? Tönt nicht auch hier der Vögel jubelndes Lied, weht nicht auch hier erquickende Luft? Drum ergehe sich jeder, der es irgendwie ausführlich machen kann, in diesen schönen Sommertagen, die so schnell vorübergehen, wenigstens öfters in der Woche frühmorgens eine Stunde in unsere großen Parks. Es macht sich bezahlt am kostbaren Gut der Gesundheit, die gerade der Proletarier so nötig zum Kampfe ums Dasein braucht.

Von den Bibliotheken der Stadt Berlin

Ist aus dem Verwaltungsjahre 1913 (1. April 1913 bis 31. März 1914) wieder eine Zunahme der Benutzung zu melden. Stadtbibliothek und Volksbibliotheken hatten, wie der jetzt vorliegende Jahresbericht des Bibliotheksreferats zeigt, eine weitere Mehrung der Bücherbestände.

Die Stadtbibliothek verließ nach Hause 200 101 Bände, wieder um rund 19 000 mehr als im Vorjahr, wo sie 181 424 nach Hause verließ. In ihrem Lesesaal wurden aus der Handbibliothek 70 050 Bände entliehen und aus der Ausleihbibliothek 22 585 Bände benutzt, gegenüber 65 823 und 19 628 im Vorjahr. Die Besucher des Lesesaals haben sich allerdings vermindert: diesmal waren es 105 671, im Vorjahre 103 494. Der Raum sei zu wenig einladend, klagt der Bericht. Das neue Heim der Stadtbibliothek wird ja nun in absehbarer Zeit zustande kommen und dem Uebel abhelfen. Im letzten Jahre mehrten sich die Ausleihwerke der Stadtbibliothek auf 130 608 Bände, im Lesesaal die Nachschlagewerke auf 4245 Bände, die Zeitungen und Zeitschriften auf 248.

Die 28 Volksbibliotheken verließen 1648 097 Bände, gegenüber 1 500 319 im Vorjahre. Ihr Bücherbestand stieg auf 236 170 Bände. Bei den Entleihungen steht an der Spitze, wie seit langem, die 20. Bibliothek (Nabensstraße) mit diesmal 156 379 Bänden, wieder um volle 21 000 mehr. An die zweite Stelle ist jetzt die 19. Bibliothek (Sonnenburger Straße) gerückt, die in dem sich immer mehr bevölkernden nördlichen Teil der Schönhauser Vorstadt sehr rasch ihren Leserkreis erweitert hat. Sie ließ diesmal 107 616 Bände aus, um volle 17 000 mehr. Das Gegenstück ist die 23. Bibliothek (Olivaer Straße), die wieder an letzter Stelle steht, diesmal mit 10 445 ausgeliehenen Bänden. Auf die Zahl der Bücherentleihungen hat die Stärke des Bücherbestandes keinen ausschlaggebenden Einfluß. Die zwanzigste Bibliothek brachte ihre 156 379 Entleihungen fertig bei nur 12 212 Bänden, so daß sich durchschnittlich pro Band fast 13 Entleihungen ergeben. Die 19. Bibliothek behalt sich mit nur 7267 Bänden, ihre 107 616 Entleihungen bedeuten mithin sogar fast 15 Entleihungen pro Band. Den stärksten Bestand hatte die 1. Bibliothek (Rohrenstraße) mit 14 273 Bänden, aber sie, die z. B. noch vor 10 Jahren mit 182 912 Entleihungen an der Spitze stand, ließ diesmal nur noch 42 012 Bände aus. Der hier seit langem andauernde Benutzungsrückgang hat die Entleihungsziffer jetzt bis auf knapp 8 pro Band herabgedrückt. Am schwächsten war die Durchschnittsbenuzung wieder in der 23. Bibliothek, deren 10 445 Entleihungen bei 5264 Bänden Bestand knapp 2 Entleihungen pro Band ausmachten. Im einzelnen ist wirklich die Häufigkeit der Benutzung eines Buches sehr verschieden: manches Buch wird gewiß im Jahre an 100mal verliehen, während ein anderes vielleicht in zehn Jahren kaum einmal einen Liebhaber findet. Wissenschaftliche Bücher können

übrigens, weil der Leser sie meist lange behält, bei weitem nicht so oft den Leser wechseln, wie Unterhaltungsliteratur. Es wäre nicht ohne Interesse, für die einzelnen Bibliotheken zu erfahren, mit wieviel Bänden an dem Bestand die verschiedenen Wissensgebiete beteiligt sind und wieviel Entleihungen diese haben. Der Bericht gibt aber nicht mal für die Gesamtheit der Volksbibliotheken die Bücherbestände der verschiedenen Wissensgebiete an, sondern unterscheidet selbst hier noch Wissensgebiete nur die Entleihungen. Man erfährt da, daß an den 1648 097 entliehenen Bänden beteiligt waren: Deutsche Literatur allein mit 715 753 Bänden, Zeitschriften und Sammelwerke mit 231 442, Jugendchriften mit 287 062, Auslandsliteratur mit 180 626. Das sind zusammen 1 415 383 Bände, so daß für die vorwiegend wissenschaftlichen Bücher (Geschichte, Geographie, Naturwissenschaften, Technik und Gewerbe, Staats- und Rechtswissenschaft, Kunstgeschichte, Philosophie usw. usw.) zusammen nur 232 714 entliehene Bände übrig bleiben. Die Zahlen könnte man nur dann richtig würdigen, wenn man für jedes Wissensgebiet auch die Bestandstärke wüßte.

Die mit den Volksbibliotheken verbundenen Lesehallen, jetzt 13 für Erwachsene, wurden im letzten Jahre von 145 113 Personen besucht, im vorletzten hatten die damals 14 Lesehallen 144 894 Besucher. Die Nachschlagewerke verminderten sich auf 11 547 Bände. Die Lesehalle in der Ehrenbergstraße ist seit Mitte Mai vorigen Jahres Kinderlesehalle. Dieser erste Versuch der Stadt hat Erfolg gehabt. In zunächst 10 1/2 Monaten kamen hier als Besucher 33 181 Kinder. Die Höchstzahl an einem Tage war 225 Kinder bei 70 vorhandenen Plätzen, so daß jeder Platz durchschnittlich dreimal den Inhaber wechseln mußte. Der Bücherbestand betrug 1142 Bände. Der Bericht rühmt, daß „sich die an Disziplin gewöhnten Großstadtkinder schnell an die eingeführte Ordnung gewöhnt“ haben. Eine zweite Kinderlesehalle soll noch in 1914 eröffnet werden.

Vom „Tierfriedhof“ in der Müllerstraße bringt die illustrierte Beilage der „Vossischen Zeitung“ zwei Zeitbilder. Man sieht da lauter umfriedete Einzelhügel mit marmornen Gedenksteinen, prächtigen Rosensträußern und anderen Schmuck. Sogar Stühle sind aufgestellt, damit die trauernden Hinterbliebenen an den „Gräber“ ihrer Räter, Ragen und Piepmäße sitzend verweilen können. Freilich sind Haustiere treuer als die Menschen, aber es bleibt deshalb doch wahr: die Welt wird immer verfehrter und verfehrter. Man vergleiche gefälligst mit dem Schmuck des „Friedhofs“ treprierter Vieher die würdelose Beschaffenheit der Armengräber auf unseren Menschenfriedhöfen. Das gibt zu denken und ist ein schwerer Vorwurf für alle, die es angeht.

Die Schulferien und der Tierschutz.

Zum Beginn der Ferienzeit sei an alle Eltern und Erziehler, namentlich an die Führer und Führerinnen von Ferienkolonien, die herzliche Bitte gerichtet: die Zeit des frühlichen Zusammenseins zu benutzen, den Sinn der Kinder auch auf den Tierschutz zu lenken. Nicht nur die Schonung der Vögel, der Käfer, der Schmetterlinge, der Kröten und Frösche, der Balbschnecken und des sonstigen Getiers sollte man ihnen anempfehlen, sondern auch ihre Aufmerksamkeit sowohl den gut als den schlecht gehaltenen Haus- und Zogtieren zuzuwenden. An den oft ohne Streu und Wasser an der Kette liegenden unglücklichen Hunden und an den oft überlasteten und mißhandelten Pferden sollte nicht ohne ein Wort der Teilnahme vorübergegangen werden. Auch auf die in engen Käfigen, manchmal übereinander, in der Sonnenglut an den Hängern hängenden Finken und anderen Vögel sollte man die Kinder aufmerksam machen und sein Mißfallen äußern. Dagegen dürfte nie unterlassen werden, über wohlgepflegtes, sich auf der Weide austummelndes Vieh freudigen Beifall zu äußern, überhaupt die Teilnahme an der Tierwelt, die den Stadtkindern oft ganz fehlt, in jeder Weise zu erwecken.

Werdersches Obst.

Der Werdersche Obstverband nach Groß-Berlin hat in diesem Jahre einen gewaltigen Umfang angenommen, der der ertragreichen Ernte zuzuschreiben ist. Das prächtige Wetter der letzten Tage hat Früchte zur Reife gebracht, die dank der behutsamen Pflege und Kultur erste Qualitäten darstellen. Täglich fährt der Werdersche Obstschleppzug vollbeladen mit Tienen, Kiepen und Körpen nach Berlin, und dieser rasche Verkehr verhindert auch Qualitätsverluste auf dem Transport. Die Ernte des Beerenoobstes ist in vollem Gange und in bedeutenden Mengen erscheint nun die Himbeere auf dem Markt, neben ihr noch spätere Sorten der Erdbeere und neuerdings die Johannisbeere, die über Erwarten gut gedieh. Von den Kirchsorten werden besonders viel die Knorpel- oder Knorpelkirchen verladen. Eine viel gefragte Sorte ist jetzt die weiße Knorpel, die sich durch saftiges Fleisch auszeichnet und die Doktorische, die zu den erlesensten Früchten der Werderschen Kulturen gehört. Die Sauekirchen werden ebenfalls schon in großen Lieferungen exportiert und die Stachelbeerenernte nimmt ihren Anfang. Auf den Plantagen herrscht jetzt ein vielgeschäftiges Treiben und der diesjährige Ernterückgang Werders beweist wieder, auf welch hoher Stufe die Obstammer Berlins mit ihrem Obstbau steht. Ihre Leistungsfähigkeit wird infolge der erhöhten und verbesserten Wasserversorgung und der Inbetriebnahme der Obstbewässerungsanlage sogar noch gesteigert werden können.

Die Obstzüchtergenossenschaft und die mit ihr Hand in Hand gehenden Berufsorganisationen der Werderschen Züchter haben in diesem Jahre besondere hygienische Rücksichten beim Obsttransport genommen. Fast durchweg werden neue oder sonst noch tadellose Körbe verwendet. Als Einlage wird nur weiches unbedrucktes Papier verwendet und zum Schutz gegen Staub und Temperatureinflüsse werden saubere Kartondeckel auf die Körbe geschnitten. Bei den Großhändlern hat dieser Verpackungsmodus Beifall gefunden und auch das Privatpublikum begrüßt diese unscheinbare, aber wesentliche Neuerung.

Wer Werder einen Besuch abstattet, wird besonders auf Beachtung der Lokalliste verwiesen. Die beiden uns zur Verfügung stehenden Parteilokale sind das Lokal „Schwarzer Adler“, Besitzer Karl Reinert, Fischerstr. 68, und Restaurant Friedrich Dimpf, Angelweg 68.

Die pestilenzialischen Gerüche am Friedrichshain.

Aus dem Rathaus wird mitgeteilt: Nachdem laut Mitteilung des Polizeipräsidenten an den Magistrat der Weiterbetrieb der zur Verbreitung der ählichen Gerüche Veranlassung gebenden Abteilung der Hofverwertungsgesellschaft am Friedrichshain vom 1. Juli an bis auf weiteres untersagt worden war, haben sich bedauerlicherweise zur allgemeinen Veräufigung des Publikums wieder derartige

Gerüche gezeigt. Dem Vernehmen nach waren diese darauf zurückzuführen, daß die Gesellschaft die Öffnung hatte, durch Einführung neuer Einrichtungen dem Polizeipräsidenten den Nachweis zu liefern, daß die gemachten Uebelstände auch ohne Einstellung zu beseitigen wären. Nachdem dies indessen nicht gelungen, hat sich auf die nachdrückliche Verjagung des Magistrats der Polizeipräsident erklärt, den Betrieb gänzlich einstellen zu lassen. Es ist also zu hoffen, daß die betroffene Gegend am Friedrichshain nunmehr von den Veräufigungen als endgültig befreit gelten kann.

Aus dem Fenster gesprungen.

Durch einen Sprung aus dem Fenster nahm sich Dienstag nachmittag die 87 Jahre alte aus Jauer gebürtige Arbeiterin Selma Klose aus der Schwerinstraße 7 das Leben. Sie war mit ihrem Schlafkurschen im Streit geraten, weil sie Grund zu haben glaubte, daß dieser sie verlassen wollte. Nach seinem Fortgange schrieb sie auf einen Zettel: „Da mich dieser Mann nach 11 Jahren nicht heiraten will, und er ein anderes Verhältnis angeknüpft hat, darum kann ich es nicht mehr ertragen.“ Diesen Zettel steckte sie sich an die Brust und sprang dann aus dem vierten Stockwerk des Quergebäudes auf den Hof hinab, wo sie tot liegen blieb. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Raubzüge durch Sommerlokale.

Nächtliche Raubzüge durch Sommerlokale im Norden Berlins, besonders in Tegel und Umgebung, machte eine ungleichzeitige Diebeswelle, die seit längerer Zeit ihr Unwesen mit einer seltenen Dreistigkeit trieb. Der 48 Jahre alte „Arbeiter“ Karl Schröder hatte zu diesen nächtlichen Streifzügen drei junge Burschen gewonnen, von denen zwei mit ihm zusammen festgenommen werden konnten, während der dritte Helfershelfer von der Kriminalpolizei noch gesucht wird. Die Bande war nicht nur mit dem für ihren „Verlust“ unumgänglich notwendigen „Werkzeug“ ausgerüstet, sondern führte außerdem noch große Sätze und Talglichter mit. Nachdem sie sich gewaltig Eingang in die Lokale, wie in das „Strandbaldach“, das „Schloß Tegel“ u. a. m. verschafft hatten, zündeten sie die Lichte an und steckten in die Sätze, was sie nur fanden: Speisen und Getränke, Zigaretten und Zigaretten, Besteck, Decken und Lächer, aber auch die Kleidungsstücke und Wertgegenstände der Angestellten. War das eine Lokal ausgeplündert, so zogen sie in der gleichen Nacht noch in ein zweites, oft auch noch in ein drittes, bis sie genug zusammengestohlen hatten. In einem Falle wäre es ihnen beinahe sehr schlecht ergangen. Gestohlene Keller eines Sommerlokals legten sie in den folgenden Nächten auf die Lauer, da sie damit rechneten, daß die Diebe wiederkommen würden. Als sie auch tatsächlich zum zweiten Male kamen, empfangen sie die Keller mit Revolverkugeln. Die Kugeln verfehlten jedoch alle ihr Ziel und die Bande entkam unversehrt. Jetzt ist es gelungen, die Täter festzustellen, zu ermitteln und zu verhaften. Alle drei wurden gestern dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Im Insektarium des Berliner Aquariums vermehren sich die vielbestaunten „Wandelnden Blätter“ jetzt bereits in der zweiten Generation. Von den über 200 Eiern, die im vorigen Sommer von der Stammutter hier abgelegt wurden, sind nach etwa viermonatlicher Ruhe fast alle glücklich ausgeschlüpft, und nach weiteren vier bis fünf Monaten sind die ursprünglich roten, später grünen Larven zu fortpflanzungsfähigen Tieren herangereift. Während die zahlreich erschienenen geflügelten und beweglichen Männchen nur kurzzeitig sind, dauern die Weibchen mehrere Monate aus. Viele von ihnen haben bereits eine ganze Anzahl Eier abgelegt. Im Sommer ist die Fütterung auch zahlreicher Tiere mit Eichenblättern recht einfach, im Winter jedoch hat sie ihre Schwierigkeit. Es muß daher Sorge getragen werden, daß im Gewächshaus auch in der kalten Jahreszeit junges Eichengrün zur Entwicklung kommt. Bekanntlich stellen die den heuschreckenartigen Insekten gebührenden, über das tropische Asien verbreiteten Wandelnden Blätter ein Schälbeispiel der Mimik (Nachahmung der Umgebung) dar. Auch der lundige Beschauer ist immer wieder über die schwere Auffindbarkeit dieser blattähnlichen Tiere verblüfft.

Kleine Nachrichten. Aus Furcht vor dem Mißbüdien suchte sich der 20jährige Techniker A. Duphorn aus der Kaiser-Friedrichstr. zu Charlottenburg zu erschlagen. Es ist fraglich, ob der junge Mann mit dem Leben davonkommen wird. — Einem Hitzschlag beim Baden erlag in der 19jährige Elektromonteur R. Schür in Strausberger See. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Vorortnachrichten.

Tempelhof.

Den Kampf aufgegeben.

In der Dienstagnummer der „Tempelhofer Zeitung“ lesen wir folgenden Schwanengesang:

„An meine Leser!  
Am 27. Januar und am 18. März 1914 erlitt ich infolge übermäßiger geschäftlicher Anstrengung je einen leichten Schlaganfall. Nachdem ich verschiedene Sanatorien aufgesucht hatte, habe ich wohl Heilung gefunden. Jedoch verbieten mir meine Ärzte jetzt jede weitere redaktionelle sowie geschäftliche Tätigkeit, damit der Anfall nicht wiederkehre. Ich kann mich dem Rate der Ärzte nicht entziehen und habe beschlossen, mit dem heutigen Tage meine Tätigkeit als Redakteur niederzulegen und aus dem Geschäft, welches ich meinem Sohne übergeben habe, auszuscheiden. Mein Sohn führt schon seit Januar die Geschäfte der Redaktion im Beistand tüchtiger Redakteure und hat dadurch bereits bewiesen, daß die Zeitung auch unter der neuen Redaktion unbedeutend allen Anfeindungen gegenüber, die gerade in letzter Zeit von gewisser Seite gegen die Zeitung erhoben worden sind, ihren Weg fortsetzen wird, befreit, allen gerecht zu werden und sich den Vorwürfen, wo sie auch immer auftreten mögen, ohne Anfeindung der Freunde rücksichtslos zu belämpfen. Fast 15 Jahre habe ich an der Spitze der „Mariendorfer und Tempelhofer Zeitung“ und meiner Druckerei gestanden und habe das Unternehmen aus den denkbar reinsten Anfängen zu einem leistungsbietenden Betriebe gebracht. Über 4000 zahlende Abonnenten bilden den Stamm meines Unternehmens und alle Anfeindungen, alle Konkurrenz haben nicht vermocht, mein Unternehmen ins Wanken zu bringen. Ich sage hiermit allen treuen Abonnenten meinen herzlichsten Dank und bitte sie, ihr Wohlwollen auch auf meinen Sohn übertragen zu wollen.“  
Hermann Wegner.“

Wir sind erstaunt über diesen plötzlichen Abbruch des Kampfes. Nach den letzten Meldungen des Herrn Wegner glaubten wir, daß jetzt noch ein heftigerer Streit als bisher entbrennen würde. Nun müssen wir erleben, daß der Kampfgehalt die Waffen freisetzt. Ist das ganz freiwillig geschehen oder haben geschäftliche Gründe dazu die Veranlassung gegeben? Es wird Krankheit vorgeschützt, und das ist ein Grund, den auch wir anerkennen. Es drängt sich uns die Frage auf: War denn dieser Herr bei seinen letzten Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie auch schon krank?  
Ist er damals bereits krank gewesen, und seine Mitteilung läßt darauf schließen, dann könnte sein Vorgehen in etwas milderem Maße erscheinen; denn einem Kranken vergeht man ja manches. Wir möchten jedoch unsere Ausführungen nicht schließen, ohne Herrn

Wegner unseres Dankes zu versichern für die agitatorische Tätigkeit, die er für die Sozialdemokratie in Tempelhof-Variendorf geleistet hat.

### Charlottenburg.

Die Besuchszeiten für das Licht- und Luftbad auf dem Spielplatz Westend sind nach dessen Wiedereröffnung vielfachen Wünschen der Beteiligten entsprechend wie folgt geändert worden: Wochentags täglich bis 10 Uhr vormittags für männliche, von 10-1 Uhr mittags für weibliche, von 1 Uhr ab wieder für männliche Personen; Dienstags und Freitags jedoch von 10 Uhr vormittags ab bis zum Schluß für weibliche Personen, Sonntags nur für männliche Personen.

### Schöneberg.

Zum Konflikt in der Allgemeinen Ortskrankenkasse ist zu berichten, daß das Versicherungsamt den Kaufmann Ullmann, Personalchef der Schloßbrauerei Schöneberg A. G., zum kommissarischen Vorsitzenden bestellt und derselbe am Mittwoch, den 8. Juli, sein Amt bereits übernommen hat. Es dürfte dem Herrn bei einigermaßen gutem Willen, den er zweifellos mitbringt, gelingen, die Gegensätze zu beseitigen, vorausgesetzt natürlich, daß die Arbeitgeberseite ebenfalls bemüht sind, nach dieser Richtung tätig zu sein. Die Arbeitnehmerseite werden peinlichst darauf achten, daß das bisherige Selbstverwaltungsamt, was die Reichsversicherungsordnung den Vorständen noch gelassen, nicht angefaßt wird, sollten daraus Konflikte mit den Behörden entstehen, so werden die Verwaltungsbehörden zu entscheiden haben.

### Hohen-Schönhausen.

Aus der Gemeindevertretung. Mitgeteilt wurde zunächst, daß nachdem die Proteste gegen die diesjährigen Wahlen in der dritten Abteilung, in der die Genossen Drews und Siebenwirth gewählt wurden, von der Gemeindevertretung zurückgewiesen worden seien, von bürgerlicher Seite die Klage im Verwaltungsstreitverfahren eingeleitet wurde. Als neue Gründe werden angeführt, daß auch auf den Namen Drews mehrere Wähler in die Wählerliste verzeichnet waren, der Wahlvorstand es aber unterlassen hätte, zu erörtern, welcher Drews gemeint sei. Der daraufhin nochmals benommene Wahlvorstand gibt an, daß er sich darüber genügend von der Ansicht der Wähler überzeugt habe. Mit der Vertretung der Klage wurde der Gemeindevorsteher beauftragt. — Bei den im Jahre 1912 vorgenommenen Kanalisationsarbeiten auf der Landsberger Chaussee sind die Erdmassen nachgefallen. Dabei sind in den der Gemeinde Lichtenberg gehörigen Gassenleitungen Wasserfälle entstanden, welche ein Umlegen der Leitungen erforderlich machten. Die Stadt Lichtenberg klagt nun gegen die hiesige Gemeinde auf Schadenersatz in Höhe von 1758,75 M. Es wurde beschlossen, sich in den Rechtsstreit einzulassen, da nach einem Vertrag der Gemeinde mit der bauausführenden Firma letztere für entstehende Schäden und Kosten aufzukommen hat. — Vom Provinzialschulkollegium ist angeregt worden, einen Schulzweckverband zwischen Weihensee, Feinersdorf und Hohen-Schönhausen, zur Errichtung und Unterhaltung von höheren Schulen, zu gründen. Vom Gemeindevorstand wurde um Ablehnung der Vorlage ersucht, weil bei den augenblicklichen Verhältnisse die Schüler der hiesigen Gemeinde die Schulen in Weihensee nur unter großen Zeitopfern erreichen könnten, und weil es nach seiner Ansicht zweckmäßiger erscheint, eigene Schulen zu errichten, sobald es das Bedürfnis erfordert. Gemeindevorsteher Niedeck möchte nur den ersten Grund bekanntgeben wissen. Er und seine Freunde seien prinzipielle Gegner von Zweckverbänden, halten es aber für besser, wenn der letztere Grund verschwiegen wird, da sonst Weihensee mit dem Ausbau der Verkehrsverbindungen nach Hohen-Schönhausen zu einhalten könnte. Genosse Dyle legte demgegenüber den Vorteil von Zweckverbänden dar. Die Vorlage wurde wegen völligen Fehlens einer Verbindung mit Weihensee abgelehnt. — Bei einem Antrage auf Einsetzung der Zwangsverwalterung gegen ein der Frau Veria Rüttke gehörigen Grundstück wegen rückständiger Grundsteuer gab Genosse Siebenwirth bekannt, daß die Frau 5 unmündige Kinder zu ernähren hat, und erst vor kurzem der Ernährer gestorben ist. Die Grundsteuer wurde deswegen ausnahmsweise bis zum 1. Januar 1915 gestundet. — Die Abrechnung des Schulhausbaues in der Ködernstraße ergab eine Summe von 304 995,34 M. Zur Verfügung standen 310 535,58 M. Der verbleibende Rest von 5670,22 M. wurde dem Schulhausfonds überwiesen. — Die Regulierung des Bürgersteiges auf der südlichen Seite der Berliner Straße soll nun endlich in Angriff genommen werden. Um doppelte Kosten zu ersparen, wird vorher erst der Regenkanal eingebaut. Nach dem Vorschlag betragen die Kosten 68 300 M. Diese Summe soll aus Anleihegeldern gedeckt werden.

### Friedrichsfelde-Karlshorst.

Unser Feuerlöschwesen weist ganz bedenkliche Mängel auf, wie wiederholte Vorkommnisse gezeigt haben. Das trat auch bei dem Schadenfeuer in der Nacht vom Sonntag zu Montag verhängnisvoll in Erscheinung. Eine zum Vorwerk Alt-Karlshorst gehörige Scheune geriet in der dritten Morgenstunde in Brand. Gerettet konnte so gut wie nichts werden, weil die Karlshorster Wehr infolge des langsame Eintreffens der Pferde erst nach „einiger Verzögerung“ am Brandherd erschien. Derartige Verzögerungen sind schon öfter vorgekommen und deshalb wurden in der Sitzung der Gemeindevertretung 5150 M. zum Bau eines Pferdestalles mit Kutschwohnung bewilligt. Der Bau kann natürlich in der kurzen Zeit noch nicht fertiggestellt sein. Was aber im öffentlichen Interesse gefordert werden muß, ist, daß von der Gemeindebehörde in der Zwischenzeit Vorkehrungen getroffen werden, die jeden Zeitverlust bei Alarmierungen ausschließen. Oder will man damit etwa warten, bis namenloses Unheil durch diese unhaltbaren Zustände schuldhaft herbeigeführt wurde?

Gerade so skandalös ist aber ein anderer, bei dem letzten Brande zutage getretener Umstand. In der Ortspresse lesen wir: „Infolge eines Vergehens war die Feuermeldung an Friedrichsfelde nicht weitergegeben worden.“ Gewiß kann ein Vergehen überall einmal vorkommen, abgleich es in diesem Falle eine besonders grobe Pflichtvernachlässigung darstellt. Nun wird uns aber ferner mitgeteilt, daß Friedrichsfelder Einwohner sich vergeblich bemüht haben, die hiesige Wehr zu alarmieren. Zunächst wurde der Feuerwehler bei Fieting circa 20 Minuten lang in Tätigkeit gesetzt. Er funktionierte auch, wie deutlich zu hören war, aber gemeldet hat sich niemand. Anschließend ist die Alarmglocke in einem Räume angebracht, der zu weit vom Schlafräume entfernt ist und deshalb — es war 3 1/2 Uhr morgens — nicht gehört wurde. Kaum glaublich aber klingt, was uns von durchaus glaubwürdiger Seite berichtet wird, nämlich, daß eine an den Brandmeister Gannemann persönlich etwa 1/4 Uhr erstattete Meldung unbeachtet blieb! Bei solcher Haltung darf man sich freilich nicht über die ungenügenden Leistungen wundern. Jährlich werden Tausende aus Gemeindegeldern bewilligt, ohne daß die Gemeindeangehörigen die Gewißheit haben, daß auch nur der Versuch unternommen wird, in Fällen der Gefahr rettend einzugreifen. Feuerwehrlente haben über eine Stunde fertig ausgerüstet auf die Alarmierung gewartet, nachdem sie die Karlshorster Sirene gehört und erfahren hatten, daß ihr Brandmeister benachrichtigt sei. Der aber hat es entschieden vorgezogen, wieder ins Bett zu steigen. Er wird nicht umhinkönnen, sich zu dem schweren Vorwurf zu äußern. Die Gemeindebehörde aber hat die Pflicht, nicht nur gelegentlich einmal bei wertlosen Paradedübungen vertreten zu sein, sondern mit allem gebotenen Nachdruck Wandel zu schaffen.

Ein Frauenchor hat sich kürzlich im Anschluß an den Männerchor „Vorwärts“ gebildet. Derselbe ist beabsichtigt, an den Bildungsveranstaltungen der Arbeiterklasse mitzuwirken. Frauen und Mädchen, welche sich dem Chor anschließen wollen, werden auf die Übungsstunden desselben aufmerksam gemacht. Diese finden jeden

Wittwoch von 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Lokal von Otto Sudring, Friedrichsfelde, Berliner Str. 98, statt.

### Ober-Schönheide.

#### Der sammelnde Bürgermeister.

Eigenartig berührt ein Aufruf der kürzlich einem Arbeiter zugestellt wurde und den wir im Original folgen lassen:

Sehr geehrter Herr!

Das Rote Kreuz hat einen Aufruf an das Deutsche Volk erlassen. Es will, entsprechend der großen Heeresvermehrung, auch seine Kräfte und Mittel vermehren und dadurch seiner vaterländischen Pflicht genügen.

Niemand weiß, wann die Prüfung eines Krieges an unser Volk herantritt wird; keinesfalls darf es den Verwundeten und Kranken dann an Hilfe fehlen.

Ebenso wie das Heeres-Sanitätswesen muß auch das Rote Kreuz seine Rüstungen, der Heeresvermehrung entsprechend, erweitern. Vor allem gilt es, das erforderliche Personal bereitzustellen und das Material zu beschaffen. Die Erfüllung dieser dringenden Pflicht kann nicht hinausgeschoben werden. Aber sie läßt sich nur durch Aufwendung außergewöhnlich hoher Geldmittel ermöglichen, die zunächst nicht vorhanden sind und durch eine Sammlung aufgebracht werden sollen.

In der Annahme, daß auch Sie geneigt sein werden, zur Förderung der humanen Zwecke, denen die Bestrebungen des Roten Kreuzes dienen, beizutragen, gestatte ich mir, die Bitte auszusprechen, mir einen etwaigen Beitrag für die Sammlung zwecks Abführung an die Niederbarnimer Kreis-Kommunalkasse, welche die Zentralkasse für die Sammlung im Kreise Niederbarnim bildet, durch den bei Ihnen vorsehenden Voten freundlichst zugehen lassen zu wollen.

Vertholdt, Bürgermeister.

Auffallen muß zunächst, daß der Herr Bürgermeister in seiner Amtseigenschaft den Aufruf unterzeichnet hat und dadurch der Eindruck eines amtlichen Schreibens erweckt wird. Wir halten das Vorgehen des Bürgermeisters für durchaus unzulässig, denn ein großer Teil der Einwohner, vor allem der Gewerbetreibenden und Geschäftsleute, wird es kaum riskieren, sich diesem sonstigen Druck zu widersetzen, da sie sonst fürchten müssen, auf die eine oder andere Art geschädigt zu werden.

Von den Arbeitern werden ja nicht allzuviel die ins Haus geschickten Voten mit Beiträgen belassen.

### Steglitz.

Scenen Verletzungen erlegen ist heute früh der 3-jährige Knabe, der am Dienstag während der Abwesenheit seiner Mutter aus dem Fenster gestürzt war.

### Spandau.

#### Wohnungseld und Kinderlegen.

Wer da glaubte, daß durch die Anlegung der Kleinhausfiedlungen im Stadtwald und in Staaken und durch die zum 1. Oktober fertigzustellenden Neubauten das Wohnungseld herabgemindert werden würde, der dürfte jetzt eines Besseren belehrt werden.

Alle kleinen Wohnungen sind bereits zum 1. Oktober vermietet, und da die Herren Hauswirte gute Geschäftsleute sind, so haben sie die Gelegenheit gleich benutzt und haben vielfach Mietssteigerungen vorgenommen. Steigerungen von 4 M. monatlich für Stube und Küche und von 6 M. für zwei Stuben und Küche gehören nicht zu den Seltenheiten. Da man in derartigen Zeiten auch sehr wählerisch in der Auswahl seiner Mieter ist, so werden kinderreiche Familien nur schwerlich zum nächsten Umzugstermin eine Unterkunft finden. Sogar der Polizei ist es jetzt schon nicht möglich, diese kinderreichen Familien bei den guten Patrioten unterzubringen. Jetzt wohnen schon im städtischen Familienheim in der alten Munitionsfabrik völlig reichlich mit Kindern besetzte Familien. Dabei gehören diese Leute nicht mal zu denen, die etwa keine Miete gezahlt haben, sondern es sind fleißige Arbeiter, die teilweise sehr lange, bis zu 22 Jahren, auf einer Stelle beschäftigt haben.

Aber nun zu den idyllischen Verhältnissen im städtischen Rotasyl. Vier Familien, eine davon hat sieben Kinder, wohnen in einem Bretterstübchen, jedes der kleinen Zimmer ist voneinander getrennt durch eine mit Karbolium getränkte Bretterwand. Eine andere Familie mit sieben Kindern bewohnt eine große Stube, aber der Raum scheint noch nicht genügend ausgenutzt, denn es soll jetzt noch eine Familie mit vier Kindern in demselben Zimmer unterbracht werden.

Von den zwölf untergebrachten Familien, die je nur einen Raum bewohnen, benutzen zehn eine gemeinschaftliche Küche, die zum Kochen und Waschen Verwendung findet, da die einzige Waschküche einer anderen Familie als Unterkunftsraum dient. An Mieten für diese „Wohnungen“ zahlen drei Familien 10 M., sieben Familien 8 M. und zwei Familien 6 M. monatlich an die Stadtkasse. Eine Frau, die zwei Kinder und einen kranken Mann hat, der schon seit längerer Zeit vollständig erwerbsunfähig ist, muß den Lebensunterhalt für die ganze Familie kümmerlich allein verdienen und für die Dachwohnung noch 6 M. an die Stadt zahlen. Die Mieten müssen im voraus gezahlt werden, und wer nicht zahlen kann, dem wird die Ermittlung angedroht. Was soll nun aber im Winter mit diesen Armen werden, da eine Anzahl der Wohnungen, so diejenigen im Bretterstübchen, gar nicht heizbar sind. Man sieht, zu welchen Zuständen man kommen kann, wenn in der Gemeinde keine großzügige Wohnungspolitik getrieben wird.

Aus dem Fenster gestürzt ist Mittwoch der dreijährige Sohn der Arbeiter Braunschen Eheleute. Dieselben hatten den Kleinen zu der in der Schönwalder Straße wohnenden Großmutter in Obhut gegeben. Als sich dort der Kleine allein in der Stube befand, kletterte er auf einen Stuhl und lehnte sich so weit zum Fenster hinaus, daß er sofort kopfüber aus der Höhe des dritten Stockwerkes auf die Straße hinabstürzte. Das Kind erlitt so schwere innere und äußere Verletzungen, daß es in hoffnungslosem Zustande nach dem städtischen Krankenhaus gebracht werden mußte.

Gefunden. Ein Sack mit Töpferwerkzeug ist in der Wilhelmstraße gefunden worden. Derselbe ist abzuholen im Restaurant Schmidt, Wilhelmstr. 36.

### Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Variendorf. Freitag, den 10. Juli, nachmittags 6 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums, Kaiserstraße 17/19.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

## Jugendbewegung.

#### Die Schuhmacher gegen den Kriegsminister.

Wir berichteten, daß durch eine Verfügung des Kriegsministers den nationalen Jugendvereinen ausgeweihte Kommissstiefel besonders billig überlassen werden sollen. Diese Art Jugendpflege hat aber den Jörn der Schuhmacher und Schuhhändler hervorgerufen. In der „Trierischen Landeszeitung“ (Nr. 334a) wenden sie sich gegen diesen Stiefel- und Schuhhandel der Militärbehörde mit folgenden Worten:

Wir hoffen, daß die Vorstände der Jugendvereine, an die schon vor 1 1/2 Jahren Anregungen zur Förderung dieses Handels ergangen sind, an dieser Schädigung des Schuhmacherhandwerks sowie der in der Schuhbranche beschäftigten Arbeiter nicht mehr mitwirken werden. Es ist nachgerade genug Schaden dadurch angerichtet worden. Sollte man in derartigen Dingen nicht vorsichtiger zu Werke gehen und mühte nicht alles und jedes gemieden werden, was Handwerk und Fabrik schädigt, ohne der Gesamtheit von besonderem Nutzen zu sein. Da hätte man

wachsam besser getan, diese Stiefel und Schuhe an die Armenverwaltungen abzugeben, damit mancher wirklichen Not gesteuert werden könnte. HOFFENTLICH wird man im Reichstage bzw. Abgeordnetenhaus auf Beseitigung dieses für viele Arbeiter so schädlichen Handels hinarbeiten.

Auch uns scheint, daß der Reichstag den Kriegsminister wegen seines schwunghaften Schuhhandels vorzunehmen hat.

Unsere Jugendbewegung im Wahlkreise Dortmund-Ost hat im letzten Jahre recht erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Abonentenzahl der „Arbeiter-Jugend“ stieg im Kreise um 500 auf 1300.

## Versammlungen.

#### Imperialismus und Kolonialpolitik.

Mit der Erörterung dieses Themas schloß der Vertreter des A. Kreises, Genosse Ledebour, am Dienstag seinen Vortrag ab. Wie groß das Interesse an dieser Frage ist, zeigte der starke Besuch. Der Saal von Volkshändler war bis auf den letzten Platz besetzt. Mit gespannter Aufmerksamkeit folgte die Versammlung den Ausführungen des Genossen Ledebour, der mit unerschütterlicher Frische und umfassender Sachkenntnis in seinem zweistündigen Vortrage unsere Welt- und Kolonialpolitik behandelte. Klar und plastisch entwarf er ein Bild von dem Wesen, der Entstehung und der Entwicklung des Imperialismus und der Kolonialpolitik und schilderte in anschaulicher Weise die Ursachen, die auch Deutschland in die Kolonialpolitik gerissen haben. Mit aller Schärfe legte er die Schäden dieser Entwicklung bloß und zeigte, wer alles — direkt oder indirekt — Interesse an dem Imperialismus und der Kolonialpolitik hat. Wie seit Jahrzehnten ein wilder Konkurrenzkampf in den Flottenrüstungen zum Ausdruck kommt, ein Wettbewerb, der zwischen allen weltpolitisch interessierten Staaten, besonders aber zwischen England und Deutschland, sich auf das hartnäckigste abspielt. Profit daraus zögen eigentlich nur die Rüstungsfabriken, die sehr einflußreich sind und alles aufbieten, um das Interesse an der Welt- und Flottenpolitik aufrechtzuerhalten. Nach einem wirtschafts- und handelspolitischen Ausblick kam Redner zu dem Ausdruck, daß es im Interesse des Volkes liege, wenn der Warenaustausch möglichst wenig gehemmt werde oder wenn alle Zollschranken fallen, wie wir es ja auch im Programm befürworten. Dem händen aber die Interessen gewisser Claqueurs entgegen, die aus dem jetzigen Zustande ihren Nutzen ziehen. Unsere Partei habe von Anfang an jede Kolonialpolitik verworfen, Handel könne auch ohne Unterjochung anderer Völker betrieben werden. In passender Weise schildert Redner die Folgen und Auswüchse des Imperialismus und der Weltpolitik und den Kampf der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage gegen deren Verteidiger. Nach wie vor werden wir gegen dieses System kämpfen, bis wir die Macht haben, um gleiches Recht für alle Menschen, gleich welcher Farbe, zu schaffen. (Stürmischer Beifall.)

Ein Antrag, das Ergebnis der Versammlung den Angehörigen der Opfer aus der Denkmalsaffäre zukommen zu lassen, wurde einstimmig angenommen.

Nach einem eindringlichen Schlußwort des Vorsitzenden H. Aschke schloß die Versammlung mit einem Hoch.

Allgemeine Familienherbette. Zweite Zahl und Kaufmetag von 2-6 Uhr im Restaurant Ackerstr. 122.

## Eingegangene Druckschriften.

Der Kampf ums Recht! Nachtrag zu der Broschüre „Kraehen im Talar“ von E. Weindrenner. Selbstverlag in Stuttgart, Marienplatz 5 B. Die Weibern. Leitfaden zur Vorbereitung auf die Prüfung im weiblichen Dienstdienst. Von Dr. J. Purpus. 119 S. geb. D. Kohlhammer, Stuttgart. Iron Klein Räte. Eheroman von F. Holsander. Gebunden 1 M., E. Fischer, Berlin, Wilhelmstr. 93. Der Schilppasch. Roman von R. D. Strobl. 1 M. Kronen-Verlag, Berlin SW. 68. Jahrbuch der sozialen Bewegung in Deutschland und Oesterreich 1913. Von E. Lederer. Geb. 4 M. J. C. B. Mohr, Tübingen.

#### Witterungsübersicht vom 8. Juli 1914.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temper. in Grad C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temper. in Grad C.
Schwetzingen	759,8	SW	1 Regen	18	Saarbrücken	768,6	S	2 wolken	22
Hamburg	763,9	SW	3 bedeckt	14	Berlin	761,0	NO	1 Dunst	23
Berlin	762,0	SW	5 bedeckt	14	Sellin	767,8	SW	4 Dunst	14
Frankfurt a. M.	767,5	SW	2 heiter	14	Worms	761,0	SW	1 wolken	13
Wien	768,8	SW	5 bedeckt	10	Paris	766,6	S	1 bedeckt	14
Wien	761,2	SW	5 Regen	10					

#### Wetterprognose für Donnerstag, den 9. Juli 1914.

Etwas wärmer, vielfach heiter bei mäßigen südwestlichen Winden; keine oder unbedeutende Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitagmittag: Ostwärts fortschreitende neue Ermüdung. Im westlichen Binnenlande, etwa bis zur Ober, überwiegen heiter und trocken, weiter östlich und längs der Küste noch vielfach bewölkt und besonders im Südboden an den meisten Orten etwas Regen.

Antischer Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Ohne Verbindlichkeit.) Mittwoch, den 8. Juli. Fleisch: Rindfleisch per 50 kg Mark: Ochsenfleisch Ia 70-82, do. IIa 66-69, do. IIIa 57-66; Bullenfleisch Ia 68-76, do. IIa 62-66; Rabe, fett 45-56, do. mager 35-45, Pfeffer 60-65, do. hell 50-60; Wullen, klein 40-60. Kalbfleisch: Doppelpender 110-120; Rothhälber Ia 86-98, do. IIa 72-82; Rälber ger. gen. 42-58. Hammelfleisch: Kahlämmer 86-88; Hammel Ia 75-85, do. IIa 67-74, do. austral. —; Schafe 74-78. Schweinefleisch 51-55. Eier: Ländliche Schod 3,50-3,80; Trücker 4,00-4,20. Butter: Kollereibutter per 50 kg 100-105; Landbutter 80-90. — Gemälte, inländisches: Khabarder, halb 100 Bund 0,90-0,90, do. flüssiger 2,00-2,25; Kartoffeln, magnum bonum 50 kg 4,00-4,25, Wohlmünze 3,50-3,75, runde, meißle 3,50-3,75, Faberische 3,75-4,00, neue meißle 5,00-5,50, do. Kolen 4,00-5,00, do. Radeburger 6,00-6,50; Vorrer, Schod 0,75-1,00; Spinat 50 kg 5,00-7,00; Schoten 3,00-6,00; Kohlraben, Schodbund 0,90-1,00; Wodnen 50 kg 22,00-25,00; Champignon 50 kg 30,00-35; Kohlrabi, Schod 0,90-1,00; Wirsingfohl, hiesiger, Schod 3,00-6,00; Blumenkohl, Ernter 100 Stück 6,00-20,00; Meerrettich, Schod 3,50-12,00; Petersilienwurzel, neue, Schodbund 1,00-3,00; Radische Schodbund 0,50-0,75; Salat, Schod 1,00-2,00; Zwiebeln, Schodbund 0,50-0,60, do. 50 kg 12-13; Zerkanten 50 kg 26,00; Pfefferlinge 30-40; Buschbohnen 50 kg 10,00-12,00. Inländisches. Kartoffeln, Lamer, 50 kg 0,90-0,90, do. Kalia, neue 0,90-0,90, do. ital. lange, neue 6-12,00, do. Italienische runde, neue 2,00-8,00, do. ungarische 4,00-6,00, Tomaten Lamerische, Riste 0,90, do. Italienische 50 kg 4,00-11,00, do. französische 8,00-12,00; Stummkohl, holländischer Ia 100 Stück 15,00-22,00, Zwiebeln, spanische 50 kg 18,00, do. ital. 10,00-12,00, do. ungarische 11,00-12,00; Gurken, holl. 100 Stück 5,00-11,00, do. Einlege, ital. Schod 1,50-2,25; Bohnen, grüne, ital. 50 kg 10,00-18,00, do. ital. Beutel ca. 5 kg 1,40-2,20, do. französische 0,90-0,90, do. ung. Beutel 1,00-2,00. Wachsbohnen, Italienische 50 kg 0,90-0,90. — Obst und Gemüse: Kirschen 50 kg Thüringer 7,00-11,00, schlesische 7,00-14,00, Berderische 8,00-15,00, do. Stupper 15,00-25,00, ungarische Kisten 22,00-30,00; Kirschen, australische, Riste 6,00-14,00; Italienische, 50 kg 8,00-20,00; Birnen, Italienische, 50 kg 8,00-22,00; Erdbeeren, holländische, 50 kg 18,00-22,00, Berderische 10,00-20,00, Berliner 0,90-0,90, Hamburger 20,00-30,00, Walderdbeeren 50,00-60,00; Staubeeren, ungar. Riste, 0-0, do. holländ. 0,90; reife, hies. 10-12; Himbeeren, 50 kg 18-22; Johannisbeeren, fleißige 50 kg 10,00-15,00; Blaubeeren 20,00-27,00; Aprikosen, ital. 24,00 bis 28,00; Franz. 20,00-36,00; ungarische 18,00-26,00; Pflirschen, ital. 20,00-30,00; französische 20,00-40,00; Pfäunen, Italienische 10,00-25,00; Rispelz, Italienische 00,00-00,00; Bananen, Jamaica 14,00-16,00, Inarische 15,00-18,00; Erdnüsse 25,00-30,00; Ananas 70,00-85,00; Zitronen, Refina 300 Stück 8,00-12,00, Refina 300 Stück 7,50-11,00, Refina 150 Stück 6,00-10,00.

# Aus der Frauenbewegung.

## Vom Dienen.

Wie oft hat man nicht schon das „Dienen“ verherrlicht, das Lied vom „dienenden Weibe“ am lautesten gesungen, und dem Dienenden damit sagen wollen, wie erhaben und gottwohlgefällig ihr Beruf sei. Ja, man hat diesen Beruf wohl gar mit der Religion verquickt und „Dienen“ eine Art Gottesdienst genannt.

Aber die Leute, die so sprechen, vergessen, daß Dienen und Dienen zweierlei ist. Wir Angehörigen der modernen Arbeiterbewegung dienen alle den Ideen dieser Bewegung, wir alle dienen den uns durch unsere Ueberzeugung beherrschenden Gedanken und setzen unsere ganzen Kräfte ein für den Sieg unserer menschenlösenden Bewegung. Wir befinden uns damit freiwillig in einem Verhältnis des Dienens, der Unterordnung unter eine Gesamtbewegung, die einer befreienden Tat gilt. Aber nie wird ein ausgeklärter Mensch freiwillig der Willkür einzelner Menschen dienen. Und das „Dienen“, wie es von dem sich in einen Dienst begebenden Menschen, speziell wohl Mädchen, landläufig verlangt wird, ist ein vollständiges Unterwerfen unter den Willen, unter die Willkür einzelner Menschen. Und damit beginnt die schwerste Gefährdung des Menschentums der Dienenden. Am meisten ist ja wohl das Menschentum derjenigen Menschen gefährdet, deren Arbeitsverhältnis kein freies ist, sondern vielmehr mit dem so viele Schäden zeitigenden Kost- und Logiswesen verknüpft ist und gar wohl noch den vorfindlichen Gesindeordnungen unterstellt sind.

Man sagt, jeder Beruf drückt dem Menschen seinen Stempel auf und hat damit im Grunde genommen wohl gar nicht so unredet. Denn das wissen wir wohl alle: das körperliche Leben beeinflusst das geistige und umgekehrt. Die soziale, wirtschaftliche Lage beeinflusst das Seelenleben, die geistige Verfassung des Menschen, und er ist so vielfach das Produkt seiner sozialen Lage, seiner Stellung, seines Dienstes, wenn er nicht gerade mit einer besonderen geistigen Stärke begabt ist und sich über seine Umgebung hinwegsetzen vermag. Aber das sind die wenigsten, die meisten Durchschnittsmenschen erliegen dem sie umgebenden Milieu. Das Dienen formt besondere Menschen, so recht zum Hausgebrauch der patriarchalischen Arbeitgeber, demütig, untertänig und stets dienstfertig.

Der Verfasser dieser Zeilen hatte es sich eine Zeitlang zum Prinzip gemacht, Frauen dahin zu beobachten, ob sie aus einem freien Arbeitsverhältnis oder einem Dienstverhältnis hervorgegangen waren, und mußte konstatieren, daß der Einfluß eines Dienstverhältnisses erst nach Jahren völlig verwischt werden konnte, wenn der Mann nicht für eine freiere geistige Entwicklung seiner Frau eintrat. Dagegen waren Frauen, die aus einem freien, gewerblichen Arbeitsverhältnis hervorgegangen, geistig regsamere, weltlicherer, zielbewußter; sie waren ja auch gewöhnt, seit ihrem vierzehnten Lebensjahre an der Seite des Mannes als solidarische Kameradin im wirtschaftlichen Kampfe mit ihm zu streben für gemeinsame Interessen. Sie waren eben, alles in allem, zielbewußter, sicherer. Die dienende Hausangestellte dagegen, oder überhaupt Menschen, die in einen engen Dienstkreis einer engen Stellung gebannt sind, wie dies auch bei den Gastwirtsgelübten und den in der Landwirtschaft beschäftigten Menschen der Fall ist, die durch die Abgeschlossenheit ihres Dienstes mit fast gar keiner geistigen Strömung in Berührung kommen, haben meist kein festes, solidarisches Ziel, das sich mit der Steigerung der gemeinsamen Lage beschäftigt, vor Augen. Wenn es ihnen besser gehen soll, ziehen sie von Stellung zu Stellung, damit ist aber zur Steigerung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage nichts getan, damit ist vielmehr nur ausgedrückt, daß es ihnen nicht gefällt und das Bessere gesucht wird. Und noch eins, mit fast mimosenhafter Empfindsamkeit schließen sich vielfach „anständige“ Mädchen oder sich „besser“ dünkende Menschen (dies anständig oder besser im Hausfrauen- oder Arbeitgeberinn gemeint) von jedem freien, frischen Luftzug im Gedankenreiche ab. Auch dieses ist das Erziehungsprodukt des Dienens, muß also auch auf das Schuldfonto des „Dienens“ gesetzt werden. Weltfremd, weltseu sind diese Menschen.

Das Dienen formt den Menschen, seinen Geist, sein Leben. Sehen wir uns nur einmal den — wohl für die meisten Fälle gültigen — Entwicklungsengang eines zum Dienen bestimmten jungen Mädchens an. Es wird erzogen streng im Gehorsam zu den Eltern; die Schule und diese wiederum beeinflusst durch die Kirche, diktiert Gehorsam, Zwang; dann kommt das vierzehnjährige Mädchen zu einer Herrschaft und diese, entsprechend ihrem Namen, herrscht nun diktatorisch über das junge sich in der Entwicklung befindende Menschenleben, fordert als doppelte Vertreterin der Eltern und Schule doppelten Gehorsam, doppelten Zwang, vollständige Unterwerfung des individuellen geistigen Lebens. Was die Schule noch nicht vollständig hat unterdrücken können, unterdrückt die Herrschaft nun vollständig durch eine eminente körperliche Ausbeutung, durch eine 14—16stündige Arbeitszeit. Der Körper bekommt knapp durch die meist sehr schmale und minderwertige Kost die verbrauchten körperlichen Kräfte ersetzt, wie sollte da eine freie geistige Entwicklung möglich sein? Tagein, tagaus gehts treppauf, treppab, so daß abends der Körper vor Uebermüdung in bleiernem Schlaf niedersinkt. An eine geistige Sammlung, an ein Aufschließen, ein selbständiges Nachdenken über eine Sache ist da gar nicht zu denken.

Solches Dienen formt die Menschen, macht sie stumpf und verkrüppelt sie geistig. Und was ebenso schlimm ist: die fortwährende Hügsamkeit unter einem fremden Willen, in dem System, wie es viele Herrschaften lieben, schwächt den eigenen Willen, die eigene Willenskraft. Durch das fortwährende Sichselbstverleugern, durch das systematische Verabdrücken zur Aschenbrödelrolle in der Familie oder in einer engebegrenzten Stellung, durch das Nichtbeachten des ebenso freigeborenen Menschen in dem Dienenden wird der

Dienende schließlich zum stets devot Ergebenen ohne jede freie Willensbestimmung, der Stolz wird geknechtet, dieser Mensch weiß überhaupt nicht mehr, was Freiheit ist.

Was dann weiter noch die Mädchen vom Leben, von der Außenwelt abschließt und sie auch vielfach gar nicht zum vollen Bewußtsein ihrer niederdrückenden Lage kommen läßt, ist die Einsamkeit der Arbeit. Die im freien Arbeitsverhältnis stehende gewerbliche Arbeiterin hat das Koalitionsrecht und steht täglich, stündlich Seite an Seite mit ihren Kameradinnen. Das dienende Mädchen dagegen, in die Einsamkeit eines engen Haushaltes gebannt, aus der es nur alle 14 Tage auf ein paar Stunden herauskommt, sieht manchmal tagelang niemanden als die respektierenden Gesichter ihrer Herrschaft, keinen Rebenmann, der sie als vollwertigen Menschen betrachtet. Dies wirkt so niederdrückend auf das Seelenleben dieser Mädchen ein, daß zusammen mit dem systematischen Unterdrücken des eigenen freien Willens eine vollständige Abgestumpftheit, Gleichgültigkeit dem Leben gegenüber eintritt. Kommt aber auch noch ein durch schlechtes Essen geschwächter Körper hinzu, was ja bei den Dienenden nicht selten ist, so ist die körperliche und sittliche Widerstandskraft dieser Menschen ganz hin.

Man muß sich da im Grunde genommen noch wundern, daß es noch so viele unter den Dienenden gibt, die sich das Gefühl ihrer Menschenwürde nicht nehmen lassen. Es ist dies immerhin ein gutes Zeichen der trotzen Kraft, die im Proletariat wohnt, trotz der Knechtung.

Dem heutigen Dienen gegenüber heißt es unser ganzes Denken, Streben und Kämpfen darauf zu richten, die mit dem veralteten Kost- und Logiswesen verbundenen und den Menschen demoralisierenden Schäden zu beseitigen, die in 40 Variationen herumspukenden Gesindeordnungen abzuschaffen und für alle die Menschen, die vorstehenden Bestimmungen unterstellt sind, ein freies Arbeitsverhältnis auf Grund einer den Menschen im Arbeitenden achtenden Gewerbeordnung zu schaffen.

Mit Recht macht sich unter den Dienenden dieser neue Geist immer mehr und lauter bemerkbar. Diesem neuen Geiste und unserer Organisation, die aus ihm heraus entstanden, wollen wir gern und willig dienen. Dieser Dienst im Dienste der Bewegung, den Menschen nicht mehr durch den Menschen willkürlich knechten zu lassen, adelt und erhebt den Dienenden. Dagegen wollen wir nicht mehr widerstandslos dienen in dem alten Herrschaftsinne. Das Dienen in diesem Sinne unterdrückt und demoralisiert den Menschen.

## Die Grundlage.

„Meine Lust ist mehr als Wein.“  
(W. Meister.)

Die Liebe macht nicht den zehnten Teil davon an Kindern gut, was Gedankenlosigkeit ihnen schadet. Wer hat nicht schon spät nachts Kinder in Kneipen und Bierhäusern gesehen. Sie werden in der besten Absicht mitgenommen; sie sollen sich dort unterhalten. Welches Unmaß schädlicher Gedankenlosigkeit. Wie oft ist schon gesagt und geschrieben worden: Gebt den Kindern keinen Alkohol. Alkohol ist Kindern Gift. Aber die liebe Elternliebe hält noch immer dem Einjährigen das Bierglas an den Mund. Und wie wenige Eltern wissen, welche Ernährung für ihre Kleinen die zuträglichste ist. Weil man sich durch jahrelange Abhängigkeit an das erdärmlichste Gefährliche Zeug gewöhnt hat, das der Kapitalismus für die Arbeiter übrig läßt, wird es auch den Kindern so früh wie möglich in den Mund gestopft. Auch in dieser Sache zeigt uns Goethe den Weg. Er schreibt in einem Brief an Fr. Jacobi:

„Beißt Du was, ich will ihn (Fritz von Stein) Deinem Mädchen erziehen. Einen besseren und hübscheren Mann kriegt sie ja doch nicht, da ich doch einmal Dein Schwiegerjohn nicht werden kann. Aber gib ihr nicht Bunsch zu trinken und des anderen Quarks, halte sie unberdorbener wie ich den Ruben, der an die reinste Diät gewöhnt ist.“

Selbst auf diesem Gebiet müssen wir von den Kindern und durch die Kinder lernen. Wie sehen, daß ihr unberdorbener Geschmack sich allem Gefährlichen, Unnatürlichen abwendet und sich an das Reine, Natürliche hält: Obst, Brot und Milch. Und indem wir die Bedürfnisse der Kinder zu erkennen suchen, werden wir erkennen, wie unnatürlich unser Trank und Speise ist. Wie wir uns in der Ernährung von Gemohnheit, Ueberlieferung und Reklame leiten lassen, nicht aber von Erkenntnis oder gar wissenschaftlicher Erkenntnis. Immer ist die Beschäftigung mit Kindern viel mehr Gewinn für uns, als wir mit Sicherheit an Gewinn für die Kinder behaupten können. Und auch hier sehen wir, wieviel wir zu tun haben, um nur nichts zu verderben, nichts schlecht zu machen, das Gutmachen kommt dann schon von selber.

Von unten heraus muß die Gesellschaft (und der Mensch fügen wir hinzu) gebaut sein. Zuerst das Nützliche: Wohnung, Kleidung, Essen. Dann das Wahre: die Durchdringung des Nützlichen mit menschlicher sittlicher Lebensanschauung, und zum Schluß als Krone des Ganzen: das um seiner selbst willen gewollte Schöne.“ (W. Meister.)

## Die Mutter.

Still, Kinder! Gebt nur noch ein Weilchen Ruh',  
Papa kommt gleich nach Haus mit guten Dingen.  
O, Mutter Gottes, sieh mein Händeringen!  
Hilf mir! Was Mütter leiden, weißt auch du.  
Nein, arme Würmer, weint nicht immerzu,  
der Jammer wird mich in die Grube bringen.  
Papa holt Brot, dann könnt ihr lustig springen,  
und eßt euch satt und macht die Augen zu.  
Ach, wenn ihr wüßtet, wie euch Mutter liebt! —  
Wie, Peppe? Macht die Finsternis dir Schrecken?  
's ist ja kein Oel im Haus, daß Gott erbarm!  
Lalla, du weinst — sag, was es wieder gibt.  
Frierst Kind? Was mußt du auch im Winkel stecken?  
Komm her auf Muttters Schoß, da wirst du warm.

## Polizeispizel, Mädchenhändler und serbischer Hoflieferant.

Einer der gemeingefährlichsten russischen Polizeispizel, der berühmte Alexander Weichmann, dessen „Goldentaten“ in früheren Jahren auch außerhalb Russlands Aufsehen erregt haben, ist jetzt wieder in Petersburg aufgegriffen. Wie uns von dort berichtet wird, gibt er sich jetzt für einen Vertreter von Handelsfirmen aus und versucht Beziehungen zu den Petersburger Kaufleuten anzuknüpfen. Unter anderem weiß er Personen, die mit ihm unterhandeln wollen, eine Bescheinigung vor, der zufolge er serbischer Hoflieferant ist. Weichmann wurde vor einer Reihe von Jahren in Warschau wegen Bestechlichkeit im Dienst zum Verlust aller Rechte und Privilegien und zu 1 Jahr 4 Monaten Arrestantenabteilung verurteilt. Er ist der Sohn des Besitzers eines Freudenhauses in Odessa und fing seine Laufbahn als Handelsagent für lebende Ware an. Die deutsche Polizei fahndete nach ihm wegen Mädchenhandels, er entzog sich aber allen Verfolgungen dadurch, daß er in den Dienst der russischen politischen Geheimpolizei eintrat. Hier tat er sich in einer Weise hervor, daß er mit der Leitung des russischen Spionagedienstes auf der Balkanhalbinsel betraut wurde und sehr gute Beziehungen mit den Regierungskreisen auf dem Balkan anknüpfte. Weichmann wurde aber bald unmöglich, als er gegen den König Ferdinand von Bulgarien zu intrigieren begann. Aus Bulgarien ausgewiesen, ließ er sich in Paris nieder, wo er zusammen mit den nicht minder berühmten russischen Spizeln Harting-Landesen, New u. a. tätig war. Dabei betrieb er mit seiner Gattin den Handel mit lebender Ware weiter fort. Im Jahre 1904 erhielt Weichmann eine Anstellung in der Warschauer Geheimpolizei und galt als die rechte Hand des Warschauer Polizeimeisters. Seiner Tätigkeit in Warschau wurde im Jahre 1910 ein Ende bereitet, als sich erwies, daß er sich für 5000 Rubel bei der Voruntersuchung in Sachen des Diebstahls einer Rente in der Höhe von 40 000 Rubel hatte bestechen lassen. Als Polizeioffizier in Warschau verübte er das folgende Kunststück: In seiner amtlichen Eigenschaft erfuhr er, ein Kaufmann sei aus Warschau mit 60 000 Rubel im Aktienloffer abgereist. Er reiste diesem nach, betäubte ihn, stahl die 60 000 Rubel und ersetzte sie durch revolutionäre Proklamationen.

## Frauenschule in München.

Die Stadtverwaltung in München hat die Errichtung einer Frauenschule beschlossen. Vorgelesen ist eine hauswirtschaftliche Abteilung, eine Abteilung für Kinderpflege, eine weitere für Kindererziehung und ein Kindergärtnerinnenseminar. Die Absolventinnen der hauswirtschaftlichen Abteilung sollen die Gelegenheit haben, in ein bestehendes hauswirtschaftliches Seminar einzutreten. Für ihre Ausbildung zu Hauswirtschaftslehgerinnen sollte, nach dem Vorschlag des Magistrats, ein Zuschuß in Höhe von 1000 M. von der Stadt München an das Seminar gezahlt werden. Auch dann sollte dieser Zuschuß erfolgen, wenn keine Schülerin der Frauenschule in das Seminar eintreten würde. Das Gemeindefolkium stimmte dieser Forderung jedoch nicht zu. Ein Uebergang von Schülerinnen der Frauenschule in das Seminar soll nicht erfolgen. Im übrigen fand der Plan der Frauenschule die Zustimmung des Gemeindefolkiums.

## Butter aus Menschenmilch.

Unser Budapestter Bruderorgan „Volkstimme“ weiß eine grauenhafte Mitteilung zu machen, die herzerregend und selbst für die verrotteten Zustände in Ungarn geradezu beispiellos ist. Der Maramossche Stadtphysikus hielt auf dem Lebensmittelmarkt eine Inspektion und konstatierte bei einer Ruthenin Butter, deren Farbe und Geruch verdächtig war. Die chemische Untersuchung führte zur überraschenden Entdeckung, daß die Butter aus mit Rahm gemischter menschlicher Muttermilch hergestellt sei! Die arme Frau wurde wegen Lebensmittelfälschung zur Verantwortung gezogen und sagte:

„Wir hungern und darben da oben in den Bergen... Mein Kindlein starb, es war acht Tage alt... Milch hatte ich im Ueberfluß, ich dachte, es wäre schade darum, es ist ja gute Muttermilch... ich mischte sie mit Kuhrahm, es gab gute Butter!... Ich habe solche schon oft verkauft. Man will ja leben...“

Der Polizeihauptmann war ergriffen, er mußte aber die Frau dennoch verurteilen, damit die übrigen, im Elend lebenden ruthenischen Mütter ihr Beispiel nicht befolgen. Die Frau hat aus ihrer eigenen Milch täglich bloß für etwa 20—30 Heller Butter machen können — nur in furchtbarster Not konnte sie zu diesem Ausweg kommen.

Die bürgerliche Welt aber opfert hunderte Millionen dem nimmerfatten Militarismus, während Proletarierfrauen ihre Muttermilch verlaufen müssen!

## Gründung einer Mutterschaftskasse.

Da die Gründung von Mutterschaftskassen durch den Staat noch nicht in Angriff genommen ist, so versuchen die Frauen selbst, derartige Einrichtungen zu schaffen, um vorbildlich zu wirken und den Gedanken der staatlichen Mutterschaftsversicherung zu propagieren. So hat der allgemeine österreichische Frauenverein in Wien eine gemeinnützige Mutterschaftskasse geschaffen. Diese wird erhalten durch Beiträge der einzahlenden Frauen und freiwilligen Mitglieder und durch Spenden. Hoffentlich genügt dieser Anfang, um den Staat und die Kommune an ihre Pflicht zu erinnern, die Mutterschaftskasse zu übernehmen.

In Italien hat vielfach die private Gründung von Mutterschaftskassen dazu geführt, daß sie späterhin vom Staate übernommen wurden.

## Aufhebung des Beamtenzölibats.

Nicht in Deutschland hat man das Zölibat der Beamtinnen aufgehoben, sondern in Wien, und auch hier nur für eine kleine Gruppe von Beamtinnen. Durch Beschluß des Wiener Gemeinderats ist verfügt worden, daß die Wiener städtischen Kindergärtnerinnen sich verheiraten dürfen und dennoch im Amte bleiben werden. Bedeutet diese Verfügung auch nur einen gang keinen Fortschritt, so zeigt sie doch den Sieg vernünftiger Anschauungsweise über veraltete Vorurteile. Gerade die verheiratete Frau und Mutter kann in der Pädagogik wertvolles leisten.

